Freitag, den 14. Juli 1922.

Bochumer Zeitung
Märkischer Sprecher

54. Jahrgang. — Nr. 162.

Bezugspreis: In Bochum u. Umgebung monatlich 38.— Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich 105.— Mk., monatlich 35.— Mk., frei Haus. — Erscheint an allen Werktagen morgens. — Für unverlangte Einsendungen haftet die Schriftleitung nicht. Rückporto ist beizufügen. - Sprechstunden der Schriftleitung von 11—12 Uhr vorm. und 5—6 Uhr nachmittags. - Im Falle höherer Gewalt, auch durch Krieg oder Streiks verursacht, erlischt jede Verpflichtung auf Lieferung und Leistung von Schadenersatz. — Kostenlose Unfall-Unterstützung von 300 Mk. nach Maßgabe unserer Bedingungen.

Rheinisch-Westfälisches Tageblatt
Amtliches Kreisblatt für Stadt- und Landkreis Bochum
Druck und Verlag: Buchdruckerei Wilh. Stumpf, Kommanditgesellschaft Bochum.
Geschäftsstelle: Buddenbergstr. 11. Fernsprecher 125. — Postscheckkonto Dortmund Nr. 3695.
Schriftleitung: Buddenbergstr. 4. Fernsprecher 3875.

Anzeigenpreis: Im Verbreitungsbezirk 1.20 Mk., Familienanzeigen 1.00 Mk., Stellengesuche 80 Pfg.; außerhalb 1.50 Mk. für 1 mm Höhe und 33 mm Spaltenbreite; im Reklameteil 77 mm Spaltenbreite, für 1 mm Höhe 3.— Mk. Für die Aufnahme von Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Beilagengebühr nach Uebereinkunft. — Bei zwangsweiser Beitreibung der Einrückungsgebühren durch Klage oder in Konkursfällen wird der bewilligte Rabatt hinfällig. — Annahmeschluß von Anzeigen abends 7 Uhr, für größere nachmittags 4 Uhr.

Die Besatzungslasten im Saargebiet.

Von unserem saarländischen Berichterstatter.

Eine 18klassige Schule mit 12 Soldaten belegt. — Französische Kasernenbauten im Saargebiet.

Im Saargebiet befinden sich noch immer rund 7000 Mann französischer Besatzungstruppen unter dem Kommando eines „Kommandierenden Generals der Truppen an der Saar", obwohl nach dem Versailler Vertrag im Saargebiet keine französischen Besatzungstruppen gehalten werden dürfen. Trotz wiederholter schärfster Proteste der Saargebietsbevölkerung, trotz amtlicher Noten der deutschen Regierung, trotz wiederholter Vermahnung durch den Völkerbund, denken Frankreich und die Saarregierung garnicht daran, das französische Militär aus dem Saargebiet herauszuziehen. Die französischen Soldaten, Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften und die französischen Besatzungsbehörden benehmen sich vielmehr ganz so, als seien sie die anerkannten Herren des Saargebietes; Ausschreitungen, Uebergriffe, militärische Befehle, blutige Exzesse, ja selbst Morde seitens des französischen Militärs sind im Saargebiet ebenso an der Tagesordnung, wie im besetzten Gebiet. Die Ermordung des Kaufmanns Jennewein durch den französischen Unteroffizier Pillard ist nur ein Beweis aus allerjüngster Zeit.

In welcher Weise die französischen Besatzungsbehörden mit Zustimmung der Saarregierung in die Verwaltung der Gemeinden und in die Wohnungsbewirtschaftung eingreifen, beweist die Beschlagnahme des achtzehnklassigen Schulhauses in Dudweiler durch die französische Besatzung. Diese Beschlagnahme erfolgte bald nach dem Einzug der französischen Truppen ins Saargebiet. Sie wurde noch nicht wieder aufgehoben, obwohl die Gemeinde, die Gemeindevertretung und die Bevölkerung in mehrfachen Eingaben die dringende Notwendigkeit der Freigabe des Schulhauses aus schultechnischen Gründen nachgewiesen hatten und obwohl tatsächlich das beschlagnahmte Schulhaus nur noch mit insgesamt 12 französischen Soldaten belegt ist, von denen jeder zwei Räume zur Verfügung hat. Eine Beschwerde der politischen Parteien über die Verschärfung der Wohnungsnot durch die französische Besatzung an den Völkerbund hatte die Saarregierung dahin beantwortet, „durch das Verbleiben des französischen Militärs entstehen der Bevölkerung keine nennenswerten Schwierigkeiten". Der Gemeinderat von Dudweiler ist kürzlich erneut wegen Freigabe des Schulhauses vorstellig geworden und hat erneut alle die Schäden aufgeführt, die in schultechnischer Beziehung durch die Aufrechterhaltung der Beschlagnahme des Schulhauses entstanden sind.

Es scheint nun, als ob die französische Besatzungsbehörde des Saargebiets fürchtet, die Beschlagnahme nicht mehr allzulange aufrechterhalten zu können. Dennoch rechnet sie anscheinend nicht damit, in absehbarer Zeit das Saargebiet räumen zu müssen, sondern geht dazu über, eigene Kasernen im Saargebiet anzulegen. So wird zurzeit auf dem Grubengelände zwischen Sulzbach und Hühnerfeld seitens der französischen Besatzungsbehörde mit einem dreistöckigen Kasernenbau begonnen, der 62 Meter lang und 20 Meter tief werden soll. Es ergibt sich die Frage: Ist die französische Besatzungsbehörde befugt, solche Kasernenbauten, selbst wenn sie auf französischem Grubengelände im Saargebiet errichtet werden, aufzuführen? Die Bestimmungen des Saarstatuts im Versailler Vertrag stehen diesem Unternehmen zweifellos entgegen, da jeder Militärdienst danach im Saargebiet verboten und zur Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung eine örtliche Polizei vorgeschrieben ist. Frankreich glaubt allerdings, französische Truppen zur Durchführung seiner Annexionsziele im Saargebiet notwendig zu haben und weigert sich infolgedessen, die französischen Truppen aus dem Saargebiet herauszuziehen. Die Zukunft wird lehren, ob der Völkerbund die Beachtung der Bestimmungen des Saarstatuts auch von Frankreich wird durchsetzen können, oder ob Frankreich im Saargebiet mehr zu bestimmen hat als der Völkerbund. Nach den Erfahrungen der letzten Jahre dürfte letzteres der Fall sein.

von Hintze Botschafter in Moskau?

Wie die „B. Z." von sehr verläßlicher Seite hört, steht die Ernennung des Admirals v. Hintze, des letzten Staatssekretärs des Aeußern unter Wilhelm II. zum deutschen Botschafter in Moskau unmittelbar bevor. Moskau soll bereits seine Zustimmung zu der Ernennung gegeben, ja sogar Hintze als die erwünschteste unter allen vorgeschlagenen Kandidaturen bezeichnet haben.

Die Kohlennot.

Infolge der Abtrennung des polnischen Oberschlesiens und des gewaltigen Förderrückganges an der Ruhr verminderte sich die inländische Steinkohlenerzeugung derart, daß allen Verbrauchern in Industrie, Gewerbe und im Hausbrand im eigensten Interesse dringend geraten werden muß, sich soviel wie möglich mit ausländischer Kohle einzudecken, soweit nicht durch einheimische Brennstoffe, insbesondere die reichlich zur Verfügung stehende Rohbraunkohle oder durch Torf Ersatz geschaffen ewrden kann.

Im Hinblick auf diese Notlage bleibt die eingeführte ausländische Kohle bis zum 31. März 1923 von der Kohlensteuer befreit. Der Reichskohlenkommissar wird notgedrungen künftig solche Gebiete, die günstig für die Einfuhr ausländischer Kohle liegen, geringer mit inländischer Kohle beliefern lassen müssen.

Die Polonisierung Polnisch-Oberschlesiens.

Von unserem oberschlesischen Mitarbeiter.

In Kattowitz und anderen polnisch gewordenen Städten Oberschlesiens ist man jetzt damit beschäftigt, den Straßen und Plätzen, soweit sie noch deutsche Bezeichnungen und Namen führen, an deren Stelle polnische oder aber zur Erinnerung an die Besetzungszeit der Franzosen die Namen französischer Generale zu geben, die sich um Polnisch-Oberschlesien besonders verdient gemacht haben.

So wird es demnächst in jeder Stadt Oberschlesiens eine Straße oder einen Platz geben, der die Namen Le Rond und Haller führt, dagegen auffallend wenige mit dem Namen des Präsidenten Pilsudski, der sich in Oberschlesien keiner sehr großen Beliebtheit erfreut.

Wie aus Kattowitz weiter berichtet wird, sollen die von den Aufständen her bestehenden Organisationen nach dem Posener Vorbilde in Bürgerwehren und Schützenvereine umgebildet werden, die militärische Uebungen abzuhalten haben und im Bedarfsfalle zur Unterstützung der regulären Truppen dienen sollen.

Die polnischen Herbstmanöver zwischen Lissa und Bentschen.

Die diesjährigen großen polnischen Herbstübungen, denen auch der Staatschef Pilsudski und der Kriegsminister General Sosnowski beiwohnen wollen, werden unter Leitung des Generalstabschefs General Sikorski im September an der polnischen Westgrenze im Raume Lissa—Bentschen stattfinden. Der Chef der französischen Militärmission General Dupont wird ihnen als Zuschauer beiwohnen. Die Geländeerkundungen haben bereits stattgefunden.

Die Amnestie-Vorlage.

Deutscher Reichstag.

250. Sitzung vom 13. Juli.

Die Interpellation Hergt (Dn.) über Straßendemonstrationen und Stillegung der Verkehrsmittel im Reichstag vom 4. Juli 1922 soll in geschäftsordnungsmäßiger Frist beantwortet werden.

Zur Beratung steht die zweite Lesung des Gesetzentwurfes über Ermächtigung zu Zollerhebungen, durch den der Reichsregierung die Möglichkeit gegeben wird, die Eingangszölle im Falle eines dringenden wirtschaftlichen Bedürfnisses zu erhöhen und zollpflichtige und zollfreie Waren mit Eingangszöllen zu belegen.

Der Ausschuß verlangt, neben der Mitwirkung des Reichsrates auch die des volkswirtschaftlichen Ausschusses des Reichstages.

Die Vorlage wird auf Antrag Dr. Gildemeister (D. Vpt.) mit der Aenderung angenommen, daß statt des volkswirtschaftlichen Ausschusses ein besonderer Reichstagsausschuß von 28 Mitgliedern mitwirken soll.

Es folgt die Beratung des von den Abgeordneten Müller-Franken (Soz.), Marx (Ztr.) und Erkelenz (Dem.) eingebrachten Entwurfes eines Gesetzes über Aenderungen der Reichsversicherungsordnung, durch die gewisse Erleichterungen bei der Geltendmachung von Ansprüchen gewährt werden sollen.

Die Vorlage wird angenommen.

Angenommen wird der Gesetzentwurf zur Ausführung des Staatsvertrages über den Uebergang der Staatseisenbahnen auf das Reich.

Die Amnestie-Vorlage.

Der dann zur Beratung stehende Gesetzentwurf eines Gesetzes über Straffreiheit für politische Straftaten sieht die Amnestierung für hochverräterische Vergehen gegen das Reich vor, soweit sie im Jahre 1920 nach dem 4. August und im Jahre 1921 begangen worden sind. Ausgenommen sind Straftaten, die sich in das Jahr 1922 fortgesetzt haben. Den von Sondergerichten im Jahre 1921 verurteilten Personen soll dann Straffreiheit gewährt werden, sofern hochverräterische Unternehmungen gegen das Reich im Zusammenhang stehende Handlungen nicht lediglich auf Roheit, Eigennutz oder anderen nichtpolitischen Beweggründen beruhen. Von der Amnestie ausgeschlossen sind qualifizierte Fälle, wie Tötung, schwere Körperverletzung, schwerer Raub, Brandstiftung, vorsätzliche Eisenbahntransportgefährdung, Vergehen gegen das Sprengstoffgesetz. Die sozialdemokratische Forderung, die Amnestie auch auf den Eisenbahnerstreik auszudehnen, lehnt der Ausschuß ab. Man nimmt eine Entschließung an, in der die Eisenbahnverwaltung aufgefordert wird, bei Disziplinierungen Milde walten zu lassen.

Abg. Schmidt (Soz.)

hält die Vorlage für nicht ausreichend. Die Amnestie müsse auf alle politischen Straftaten ausgedehnt werden. Von Bayern sei kein Entgegenkommen zu erwarten. Deshalb müsse das Reich eingreifen. Die Amnestierung müsse auch auf die Münchener Rätezeit ausgedehnt werden. Während in Niederschöneweide die Gefangenen die schimpflichste Behandlung erdulden müßten, lebe Graf Arco, der Eisnermörder, auf einem Gute zur Erlernung der Landwirtschaft. (Lebhaftes Hört, hört! links.) Ernst Toller habe nicht einen einzigen Tag Urlaub. Für Kappisten dürfe die Amnestie nicht gelten, ebensowenig für politische Verbrecher, die monarchistische Bestrebungen verfolgen.

Justizminister Dr. Radbruch

hält es für notwendig, in dieser Situation wieder einen Meilenstein der Revolution zu setzen. Wie das Gesetz zum Schutze der Republik den Vergiftungsprozeß des Volkskörpers aufhalten könne, so sei das Gesetz über die Straffreiheit für politische Vergehen die Antwort auf einen Sanierungsprozeß, der sich im Volkskörper vollzogen habe. Dieser Prozeß müsse zum Abschluß gebracht werden. Der sozialdemokratische Antrag, der die Möglichkeit der Niederschlagung durch den Reichspräsidenten vorsieht, sei annehmbar.

Reichsverkehrsminister Gröner

sprach sich gegen die Einbeziehung der Eisenbahner aus, da es sich um keinen politischen, sondern um einen wirtschaftlichen Streik gehandelt habe. Er werde äußerste Milde walten lassen, wo sie geboten erscheine.

Abg. Dr. Belk (Ztr.)

steht auf dem Boden der Regierungsvorlage. Wir wollen der äußerst gespannten Gesamtsituation dadurch Rechnung tragen, daß wir die Straffreiheit für politische Straftaten in der durch die Regierungsvorlage gezogenen Grenzen gewähren. **Eine allgemeine Amnestie darüber hinaus lehnen wir ab.** Das gilt namentlich auch für die beantragte Amnestierung aus Anlaß des Eisenbahnerstreiks, der doch mit dem Schutze der Republik nicht im Zusammenhang steht. Wir haben die Erklärung des Reichsverkehrsministers gehört und schenken ihr Vertrauen.

Abg. Barth-Chemnitz (Dn.)

lehnt die Amnestierung hochverräterischer Unternehmungen überhaupt ab. Die Amnestie, eine der unglücklichen Errungenschaften der Revolution, erwöte das Rechtsempfinden.

Abg. Dr. Schücking (Dem.)

tritt für die Vorlage nach den Ausschußbeschlüssen ein. Diese Amnestierung soll der letzte Meilenstein sein, sonst treibe man der Anarchie zu. Der Beamtenstand müsse als besondere staatsrechtliche Organisation ernannt werden. Deshalb müsse jeder Beamtenstreik gesühnt werden. Nach dem Willen gewerkschaftlicher Organisationen dürfe und könne sich das Parlament nicht richten. (Sehr richtig! Lebhafter Widerspruch links.) Das Schicksal von 70 Millionen Menschen dürfe nicht von einer Genossenschaft mit wenigen Millionen Mitgliedern abhängig gemacht werden.

Abg. Dr. Rosenfeld (USP.)

sieht nur in einer Amnestie die Wiederkehr der Reichsgerichte.

Abg. Leicht (Bayer. Vpt.)

(von der Linken mit Unruhe empfangen): Hoffentlich erblicken Sie in meiner Zugehörigkeit zu Bayern nicht schon eine Provokation. (Heiterkeit. Zuruf des Abg. Ledebour [USP.]: Sie sind ein mildernder Umstand! Erneute Heiterkeit.) Eine allgemeine Amnestie ist besonders bedenklich, wenn man in die Justizrechte der Länder eingreifen will. In Berlin heißt es, es könne jeden Tag in Bayern losgehen, in München heißt es, die Gewerkschaften in Berlin machten mobil, jeden Tag kann es dort losgehen. (Heiterkeit.)

Abg. Höllein (Komm.)

nennt die Amnestie ein Gebot der Menschlichkeit.

Dann schließt die Aussprache. Die Vorlage wird unverändert nach den Ausschußbeschlüssen in zweiter Lesung angenommen, ebenso die Entschließung, die eine milde Handhabung der Disziplinargewalt gegenüber den am Streik beteiligten Beamten verlangt.

Es folgt die

dritte Lesung des Arbeitsnachweis-Gesetzes

Beschlossen wird, daß die gewerbsmäßige Stellenvermittlung vom 1. Januar 1921 ab als verboten gilt. Mit diesem Zeitpunkt erlischt die erteilte Erlaubnis zu gewerbsmäßigem Betrieb einer Stellenvermittlung. Denjenigen Stellenvermittlern, die zu dieser Zeit die gewerbsmäßige Vermittlung seit dem 2. Juni 1910 auf Grund behördlicher Erlaubnis ausüben, ist eine angemessene Entschädigung zu gewähren, deren Höhe durch besonderes Gesetz bestimmt wird. Das Gesetz wird im übrigen im wesentlichen unverändert angenommen.

Das Haus vertagt sich auf Freitag 3 Uhr: Nationalfeiertag, Notlage der Presse, Disziplinargesetz für die Wehrmacht, Verordnung gegen Preistreibereien.

Schluß 7 Uhr.

Noch immer keine durchgreifende Entspannung.

Die zweite Lesung des Gesetzes zum Schutze der Republik hat den Reichstag ohne Zwischenfall durchlaufen. Bei allen Bedenken, die man gegen dieses Gesetz haben muß, stimmten nur einige Deutschnationale und die Bayerische Volkspartei gegen den grundlegenden Paragraphen 1 dieses Gesetzes. Am gestrigen Donnerstag folgte im Plenum des Reichstages die Beratung des weiteren Zündstoffes dieser Gattung, des sogenannten Amnestiegesetzes. Ein Bericht liegt zur Stunde der Abfassung dieser Zeilen noch nicht vor. Nach den Verlautbarungen aus den verschiedensten Parteilagern in den letzten Tagen war anzunehmen, daß die Gefahr einer Reichstagsauflösung so gut wie bis zum Herbst, bis nach den Parlamentsferien, vertagt sei. Wir haben bei Besprechung und Bewertung dieser recht ernsten politischen Lage angesichts der hemmungslosen sozialistischen Rathenau-Auswertung nie einen Hehl daraus gemacht, daß es sich keineswegs um eine sogenannte Entspannung der Lage handeln kann, daß nur eine Verschiebung, eine Vertagung des Endkampfes zwischen dem sozialistisch und dem nichtsozialistisch orientierten Deutschland bis zum Herbst vorliegt.

Wie zutreffend diese Anschauung ist, beweisen unter anderem die Nachrichten, die jetzt frisch unter dem Eindruck der zweiten Lesung des Schutzgesetzes aus dem sozialistischen und freigewerkschaftlichen Lager kommen. Nach diesen Meldungen sind die verschiedenen Sozialdemokratien und freien Gewerkschaftler mit der Fassung des Schutzgesetzes, die es jetzt empfangen, keineswegs zufrieden, „sie halten diesen Schutz der Republik nicht für ausreichend" und verlangen mit allem Nachdruck mindestens eine baldige einseitige Regierungserweiterung nach links, die Einbeziehung der Unabhängigen Sozialdemokratie in die Regierungskoalition unter ausdrücklichem Ausschluß einer Einbeziehung der Volksparteiler. Die mehrheitssozialdemokratische Partei von Frankfurt a. M. hat weiter eine Drahtung an die Berliner mehrheitssozialdemokratische Parteileitung gesandt des Inhalts: „Großfrankfurter Sozialdemokratie hält Fraktionsbeschluß für ungenügend, weil energisches Bestehen auf Linkserweiterung der Regierung fehlt, da sonst kraftvoller Schutz der Republik und Hoffnung auf Einigkeit mit den Unabhängigen aussichtslos. Fortbestehen alter Koalition unmöglich. Reichstagsauflösung notwendig."

Diese Drahtung der Großfrankfurter Mehrheitssozialisten beleuchtet mit klarer Schärfe die Einstellung der sozialistischen Linken zum Gang der Dinge. Am Mittwoch und Donnerstag haben auch bereits im Reichstage Besprechungen zwischen den freien Gewerkschaften und den sozialistischen Parteien stattgefunden, die sich auf den Boden derselben Forderung, der Einbeziehung der Unabhängigen in die Regierung stellten. Dem Reichskanzler ist bereits von diesem neuesten Vorstoß der vereinigten Sozialdemokraten Mitteilung gemacht worden, und er seinerseits hat sich veranlaßt gesehen, angesichts dieser Verschärfung der innerpolitischen Lage den Reichspräsidenten zu bitten, seinen Erholungsurlaub in Freudenstadt zu unterbrechen und bald nach Berlin zurückzukehren.

Man braucht nun, wie es zum Beispiel in dieser Frage die demokratische „Frankfurter Zeitung" auch für angebracht hält, durchaus nicht zu glauben, daß die beiden sozialdemokratischen Hauptparteien und die freigewerkschaftlichen Spitzenverbände gleich scharfschießen werden, immerhin wird man aber recht gut tun, sich sowohl bei der dritten Lesung des Schutzgesetzes, wie bei der weiteren Behandlung dieses ganzen Komplexes von Fragen auf allerlei eventuelle Ueberraschungen vorzubereiten. Man sollte aber zum mindesten allen Ernstes aus diesen eigenartigen Vorgängen die Lehre ziehen, daß es nunmehr mit der sozialistischen Aufkündigung des Koalitionsgeschäftes ernst wird. Erfolgt bezw. angekündigt ist diese sozialistische Aufkündigung bereits bei der recht merkwürdigen Auswertung des Erzberger-Mordes, jetzt bei der Auswertung des Rathenau-Mordes will allem Anschein nach der vereinigte Sozialismus mit vollen Segeln auf das Ganze gehen.

Ueber die Forderung der beiden Sozialdemokratien und freien Gewerkschaftler selbst ist nicht zu reden. Für weite Kreise der Deutschen Volkspartei würde, wie schon vor einigen Tagen ausgeführt, auch eine Erweiterung der Regierungskoalition nach rechts und links ein Opfer bedeuten, das viele Anhänger dieser Partei, und zwar recht maßgebende und einflußreiche, nur mit schwersten Her-

sen und unter weitgehendsten Sicherungen bringen könnten und bringen dürften. Aber die sozialistischen Stürmer haben es ja glücklich so weit gebracht, daß diese Frage einer Erweiterung der Regierungskoalition nach links und rechts überhaupt nicht mehr zur Diskussion steht. Die Deutsche Volkspartei ist bei diesem Handel zur ungehemmten Weitertreibung des sozialistischen Gespenstes in dem Deutschland nach dem November 1918 von vornherein mit Recht als „unsicherer Kantonist" ausgeschaltet. Und das ist für die Deutsche Volkspartei und ihren Besitzstand nicht nur vorteilhaft, ja noch mehr, es kann ihr nur in den Kämpfen dieser Tage um Deutschlands Erneuerung zu hoher Ehre gereichen.

Man darf wohl nun aber auch füglich annehmen, was die beiden anderen Koalitionsparteien, Zentrum und bürgerliche Demokratie, anlangt, daß besonders nach den Vorgängen der letzten Wochen die allgemeine Linke eines Schutzwalles des Bürgertums gegen den andrängenden Sozialismus von diesen Parteien nicht mehr verlassen werden wird. Das Zentrum hat erst in diesen Tagen in einer als parteioffiziös anzusprechenden Darlegung es kurz und klar ausgesprochen: „Linkserweiterung ist Linksdiktatur, das Zentrum hat in einer solchen Regierungskoalition nichts zu suchen." Die beachtbaren und recht beherzigenswerten Worte, die ein so hervorragender Führer der bürgerlichen Demokratie, wie Senator Petersen, dieser Tage zu diesen schwebenden Fragen der Stunde fand, bewegten sich letzten Endes in der gleichen Auffassung der Dinge. Diese Stellungnahme darf niemanden wundernehmen, wenn man sich neben anderen recht schwerwiegenden beträglichen Begleiterscheinungen nur die Unduldsamkeit der Sozialdemokraten und freien Gewerkschaftler gegen die sogenannten „Christlichen" und „Hirsche" in den einzelnen Betrieben vor Augen hält.

Die brüske Aufkündigung des bisherigen Koalitionsverhältnisses durch Sozialdemokraten und freie Gewerkschaftler enthält letzten Endes nichts Neues. Die Sozialdemokratie hat nie einen Hehl daraus gemacht, welche Rolle sie den Nichtsozialdemokraten zumutet bei einem Eingehen in eine Regierungskoalition mit ihr. Sie hat auf ihren Parteitagen immer mit ausdrücklicher Schärfe offen dargelegt, „daß jede Koalition nur eine Etappe auf dem Wege zum reinsozialistischen Staate sein dürfe". Jetzt scheint ihr die Stunde geeignet zu sein, ihre bürgerlichen Koalitionsmitglieder abzustoßen.

Was auch die nächsten Tage — der Herbst bestimmt — bringen mögen, wir erwarten vom Bürgertum in allen seinen Parteischattierungen, daß es dem Ernst der Lage volles Verständnis entgegenbringt, daß es zur Austragung dieses unvermeidlichen Kampfes zielbewußt alle seine Verschiedenheiten zurücktreten läßt vor dem einen großen Erfordernis zur Stunde, unserem geplagten Vaterlande das Elend einer sozialistischen Diktatur zu ersparen. Noch hat das nichtsozialdemokratisch denkende Deutschland, wenn es einig und geschlossen ist, es in der Hand, unserem armen, geprüften Vaterlande den schwersten Schlag zu ersparen, der ihm droht. Möge es in diesem Kampfe sich bewähren!

R—r.

Die Unabhängigen als Herren.

Von besonderer Seite.

Daß die Unabhängigen ganz plötzlich infolge der Unterwürfigkeit der Mehrheitssozialisten innerhalb der Gesamtheit des Sozialismus die Herren geworden sind und wie sehr sie sich als solche fühlen, zeigt ein Vorfall, der sich dieser Tage im Reichstag abgespielt hat. Als der Senior der Deutschen Volkspartei, der Abgeordnete Geheimrat Professor Dr. Kahl, im Namen seiner Partei zum Gesetz über den Schutz der Republik sprach, saß im Präsidentenstuhl der Unabhängige Dittmann.

Herr Kahl erklärte ausdrücklich die Bereitwilligkeit seiner Partei, an dem Gesetzentwurf mitzuarbeiten und dafür zu sorgen, daß es seinen Zweck erfüllt. Aber er stellte sich auf eine höhere Warte, als die der blotzen Gesetzmacherei. Er verlangte, daß die Republik sich nicht nur mit äußeren Machtmitteln und Strafandrohungen erhalte, sondern daß die Gesinnung erfaßt, die Staatsfreudigkeit geweckt werde. Er hob hervor, daß man in den letzten drei Jahren unaufhörlich das geschichtlich eingestellte deutsche Volkstum in seinen Erinnerungen beleidigt habe, daß die uns heiligen schwarz-weiß-roten Farben geschmäht und beschimpft worden seien, während von der Deutschen Volkspartei zum mindesten die schwarz-rot-goldene Fahne wohl abgelehnt, aber nie in den Schmutz gezogen wurde. Dadurch ist das Einführen in die neue Staatsform erschwert, die Volkstümlichkeit der neuen Verfassung verhindert worden.

Diese an sich durchaus maßvollen Ausführungen Dr. Kahls waren namentlich den Unabhängigen, aber auch zum Teil den Mehrheitssozialisten so unbequem, daß sie sich in einem dichten Haufen um das Rednerpult drängten und die Ausführungen Kahls durch lärmende Zwischenrufe zu ersticken suchten. Als sich Vizepräsident Dittmann hierum nicht kümmerte, wandte sich der Redner um und ersuchte den Präsidenten, die ihm so nahestehenden störenden Zwischenrufer zum Aufsuchen ihrer Plätze aufzufordern. Herr Dittmann entblödete sich nicht, unter dem Beifallsgeheul seiner Parteigenossen dem volksparteilichen Redner zu sagen, er solle nicht so provozierend sprechen und dadurch die Zwischenrufe der Linken hervorrufen, was natürlich bei der Deutschen Volkspartei in erster Linie, aber auch bei den bürgerlichen Koalitionsparteien und selbst in den Reihen der Mehrheitssozialisten Entrüstung und Erbitterung hervorrief.

Es sei gleich hier eingeschaltet, daß dem Abgeordneten Kahl von Vertretern aller Parteien bis zu den Sozialisten persönlich das Bedauern über diese Haltung Dittmanns ausgesprochen worden ist, weil sie mit den Erfordernissen eines Reichspräsidenten nicht in Einklang zu bringen ist. Vielleicht nimmt der Aeltestenrat des Reichstags Veranlassung, Herrn Dittmann einmal klar zu machen, daß er im Präsidentenstuhl nicht die Partei der Unabhängigen zu vertreten, sondern über allen Parteien zu stehen hat. Die letzte Abmahnung ließ ihm sofort Herr Dr. Kahl zuteil werden, indem dieser seine Rede fortsetzte mit den Worten: „Ich werde fortfahren, nach wie vor ruhig und sachlich zum Gesetzentwurf zu sprechen."

Wir haben es wahrlich weit gebracht, wenn Ausführungen wie die Kahl'schen auf der linken Seite als eine Herausforderung betrachtet werden, weil sie an geistigem Gehalt weit über dem stehen, was jemals von der gesamten Linken geleistet worden ist und geleistet werden wird. Ein kläglicheres Zeugnis ihrer geistigen Armut und Großmannssucht als durch ihr Verhalten konnten sich die Gernegroße der Unabhängigen mit Herrn Vizepräsident Dittmann an der Spitze nicht ausstellen!

Die nächste Tagung der Deutsch-Demokraten in Elberfeld.

Die nächste außerordentliche Tagung der Deutsch-Demokratischen PPartei, die der Vorstand am 11. d. M. beschlossen hat, wird Anfang August in Elberfeld stattfinden.

Erleichterung der Ehescheidung?

Die demokratische Fraktion des Reichstags hat den Entwurf eines Gesetzes zur Aenderung der Vorschriften über die Ehescheidung beantragt. Der § 1568 des B. G. B. soll danach folgende Fassung erhalten:

Ein Ehegatte kann auf Scheidung klagen, wenn eine so tiefgehende Zerrüttung des ehelichen Verhältnisses besteht, daß keine begründete Aussicht auf Herstellung einer dem Wesen der Ehe entsprechende Gemeinschaft vorhanden ist.

Die Autonomie Oberschlesiens.

Die Zentrale für die Gliederung des Reiches hat unter dem Vorsitz des Reichsministers a. D. Koch geragt.

Sie hat in ihrer Schlußsitzung sich mit der Autonomie Oberschlesiens beschäftigt. In dieser Sitzung gab auch der Vertreter des Zentrums, Pfarrer Ulitzka, die Erklärung ab, daß, nachdem die preußische Regierung dem Zentrum Zugeständnisse in der Frage der Schulen und Kirche gemacht hat, auch die Zentrumspartei keine Parole mehr ausgeben werde, bei der Abstimmung für den Bundesstaat Oberschlesien einzutreten.

Da auch die übrigen Parteien mit Einschluß der Sozialdemokraten sich nicht für den selbständigen Bundesstaat Oberschlesien einsetzen werden, so kann das Ergebnis der Abstimmungen schon jetzt als feststehend betrachtet werden. Es wird keinesfalls die notwendige Mehrheit für einen Bundesstaat Oberschlesien bei der Volksabstimmung zu finden sein.

Ein internationaler Gewerkschaftskongreß in Amsterdam.

Der internationale Gewerkschaftsbund hat die Exekutivkomitees der zweiten Internationale und der Wiener Arbeitsgemeinschaft zu einer gemeinsamen Konferenz der drei Internationalen am 18. Juli nach Amsterdam eingeladen.

Sowohl die Londoner wie die Wiener Internationale haben die Einladungen angenommen, doch ist von den deutschen Mehrheitssozialdemokraten und den Unabhängigen angesichts der schwierigen innerpolitischen Lage die Verlegung der Konferenz auf den 20. Juli beantragt worden.

Der Zahlungsaufschub.

Von unserem außenpolitischen Mitarbeiter.

Der Wiederherstellungsausschuß hat sich am 11. Juli mit der deutschen Finanzkrise beschäftigt. Zu tatsächlichen Beschlüssen ist es dabei noch nicht gekommen, da es sich nicht nur um die Julrate, sondern auch um die Frage eines erweiterten Zahlungsaufschubes handelt.

Ein Vorschlag des Engländers Bradbury will diesen Aufschub auf zwei oder drei Jahre befristen, darüber hinaus auch die Sachleistungen herabsetzen. Jedoch sind das alles einstweilen noch Pläne und Vorschläge, die ihre feste Form erst empfangen, wenn Frankreich seine Bürgschaften und Pfänder angemeldet und durchgesetzt hat.

Die Markkrise ist teils auf die Schwierigkeiten zurückzuführen, die die Beschaffung der Julrate machte, teils auf die Folgen der ungeheuerlichen innerpolitischen Hetze der Sozialisten und Kommunisten. Wer in diesen Wochen Gelegenheit hatte, die ausländische Presse zu lesen, konnte in jedem Fall feststellen, daß die nächste Entwicklung in Deutschland durch das Aufkommen der Straße mit großer Sorge beobachtet wurde. Wir haben alle Ursache, uns mit den wirtschaftlichen und finanziellen Problemen, die uns auf den Nägeln brennen, zu beschäftigen, als länger auf den unehrlichen Klamauk zu hören, den namentlich die sozialistische Presse vollführt.

Daß Deutschland einen neuen Zahlungsaufschub werde beanspruchen müssen, darüber konnte schon seit Wochen und Monaten kein Zweifel sein. Heute ist doch unbestritten, daß sich die Politik der Erfüllung nicht durchhalten läßt. Mit Pauken und Trompeten haben vor allem die Sozialisten diese Erfüllungspolitik begleitet, hauptsächlich deshalb, weil sie die Möglichkeit bot, dem verhaßten Kapital einige Schläge zu versetzen.

Schrieb doch der „Vorwärts" im August 1921, wenn die Sachwerte erfaßt würden, könnten wir alle Forderungen des Verbandes bezahlen. Die erste Goldmilliarde, die wir aufbrachten, entzog der deutschen Wirtschaft Blut und Leben. Der Markkurs mußte stürzen, weil die ohnehin geschwächte Wirtschaft die furchtbare Abzapfung nicht tragen konnte. Leider bemühte sich die deutsche sozialistische und kommunistische Presse immer wieder, dem Vielverband Material zu verschaffen, daß es der deutschen Wirtschaft eigentlich glänzend ginge, daß Deutschland also auch zahlen könne.

Immer wieder wurde auf die Riesengewinne der Industrie hingewiesen, die in Wahrheit doch nur aus Papier bestanden. Selbst die Ausfuhrgewinne reichten nicht entfernt aus, um der deutschen Wirtschaft neues Betriebskapital zu verschaffen. Schon im Dezember 1921 erklärte Deutschland seine Zahlungsunfähigkeit, ohne zunächst beim Verband dafür Verständnis zu finden. In Cannes gab es nur eine Atempause, in Genua überhaupt nichts, denn die internationale Anleihe blieb eine Luftspiegelung.

Kommt der neue Zahlungsaufschub, so sind wir damit noch nicht über den Berg. Abgesehen davon, was sich Frankreich als Gegenleistung sichert, kommt es darauf an, ob Deutschland die internationale Kredithilfe findet, um seinen Haushalt und seine Währung wieder zu ordnen. Ohne Nachprüfung und Aenderung des Versailler Vertrages ist weder das eine noch das andere zu erreichen.

Kleine Nachrichten.

Berlin, 13. Juli. Eine Konferenz aller republikanischen Parteien im Verwaltungsbezirk Wilmersdorf—Groß-Berlin beschloß, zu beantragen, daß die Königsallee im Grunewald, in der Rathenau ermordet wurde, künftig den Namen Rathenau-Allee führen soll. Außerdem soll ein Gedenkstein an der Stelle der Ermordung errichtet werden.

Wilhelmshaven, 13. Juli. In Wilhelmshaven kam es bei dem Sommerfest der Stahlhelmgruppe Varel in Oldenburg zu Zusammenstößen mit Arbeiterturnern. Mehrere Personen wurden dabei verwundet.

Paris, 13. Juli. Im Laufe der Sitzung der Akademie für Geschichte und alte Sprachen ehrte Mordeaux das Andenken des verstorbenen Professors des Sanskrit an der Leipziger Universität Ernst Windisch, der korrespondierendes Mitglied der Akademie seit dem Jahre 1894 gewesen sei.

Madrid, 13. Juli. Bei dem Eisenbahnunglück in Parades sind 30 Menschen umgekommen. 19 Personen wurden verletzt.

Gerichtszeitung.

Kirchen-, Pfarrhausräuber und Leichenschänder vor dem Schwurgericht.

Q **Bochum**, 13. Juli. Drei schwere Jungen, Kirchen-, Pfarrhausräuber und Leichenschänder, die insgesamt von den Schwurgerichten Münster, Aurich, Dortmund und Paderborn bereits zu 88 Jahre Zuchthaus verurteilt waren, hatten, stark gefesselt, bewacht von drei Schupobeamten, auf der Anklagebank des Schwurgerichtes Platz zu nehmen. Es handelte sich um den Sattler Heinrich Meißler, Bergmann Klemens Budde und den Bergmann Franz Wanske, sämtlich von Recklinghausen, gegen welche die Anklage des schweren, gemeinsamen Raubes erhoben war. Meißler hat bisher 30½ Jahre Zuchthaus, 6 Jahre 10 Monate Gefängnis, Budde 30½ Jahre Zuchthaus und Wanske 27 Jahre Zuchthaus erhalten. Die schwere Tat, die heute zur Anklage stand betraf den am 23. März d. J. zu Scherlebeck bei Recklinghausen ausgeführten Einbruch in das kath. Pfarrhaus und die dortige kath. Kirche. Den Vorsitz in der Verhandlung führte Landgerichtsdirektor Dr. Stratmann, die Anklage vertrat Staatsanwalt Ellers; die Verteidigung führte R.-A. Neveling-Bochum. Zugleich waren noch angeklagt, die Ehefrau des Angeklagten Wanske wegen Hehlerei und Beihilfe zum Raube und die Ehefrau Budde wegen Hehlerei.

Im Frühjahr 1921 verbanden sich die Angeklagten, einer geregelten Arbeit überdrüssig, mit ihnen noch einige andere, darunter der flüchtige Arbeiter Hörster, zur gemeinsamen Ausführung von Raubanfällen. So brandschatzten sie mit Armeepistolen, Gummischläuchen und Einbrecherwerkzeugen bewaffnet in der Paderborner, Ahlener, Hammergegend, in Ostfriesland, Dellbrück, im Münsterlande und anderswo einsam gelegene Gehöfte, kath. Pfarrhäuser und kath. Kirchen. In den nächsten Wochen werden sich Budde, Meißler und Wanske noch wegen 12 schwerer Diebstähle, begangen in der Recklinghäuser Gegend zu verantworten haben, vor der Strafkammer. Die heute zur Verhandlung anstehende Tat war der räuberische Ueberfall auf das Pfarrhaus und die kath. Kirche in Scherlebeck am 23. März 1921, der schon mehrfach im Jahre 1920 geplant war, aber jedesmal wegen des regen Verkehrs wieder aufgegeben werden mußte. Die Eheleute Wanske sollen diesen Raubanfall durch Auskundschaftung vorbereitet haben. Nachmittags 5 Uhr trafen sich die drei Angeklagten in der Nähe des Pfarrhauses. In einem nahegelegenen Walde beobachtete man das Pfarrhaus, insbesondere den Eingang. Gegen 8½ Uhr abends schellte man an der Eingangstür des Pfarrhauses. Der Pastor öffnete, sofort drangen die Angeklagten ein, und riefen: „Hände hoch, ruhig sein!" Der Pastor wurde aus dem Flur ins Wohnzimmer gedrängt, wo ein Rektor Müller anwesend war. Beiden wurde bedeutet, das Gesicht zur Wand zu kehren, worauf Wanske beiden mit Tüchern die Augen zuband, während Budde inzwischen die Fernsprechleitung durchschnitt. Fortgesetzt bedrohte man die Leute mit Pistolen, die jeder in erhobener Hand hielt. Mit Gardinenschnüren, die Budde abriß, fesselten Meißler und Wanske die beiden Personen an Händen und Füßen. Während Budde sie bewachte, durchsuchten Wanske und Meißler das ganze Haus. Als sie hierbei von der Köchin des Pastors überrascht wurden, wurde auch sie mit der Pistole bedroht und an Händen und Füßen gefesselt. Geraubt wurden den drei Gefesselten alles bare Geld, Kleidungsstücke, Wäsche, Wertsachen, Meßwein usw. In der Küche aßen sie in aller Ruhe vorhandene Lebensmittel. Dann wurde der Pastor gezwungen, den Kirchenschlüssel und den zum Tabernakel herauszugeben. Wanske und Meißler drangen in die Kirche ein, während Budde im Pfarrhaus zur Bewachung der Gefesselten zurückblieb. In der Kirche öffneten die Raubgesellen den Tabernakel, nahmen die Monstranz und einen Kelch an sich. Mit der zerbrochenen Monstranz und dem Kelche ging man wieder zum Pfarrhaus zurück. Da der Pastor bat, ihm den Kelch, der ein Geschenk sei, zu lassen und nach ihrer Ansicht die Monstranz nicht echt war, so ließ man diese Gegenstände zurück. Die Beute wurde in der Nacht unter den Dreien in der Wohnung Buddes verteilt. Die beiden Ehefrauen Budde und Wanske erhielten einen Teil der erbeuteten Kleider und Schmucksachen. Die Geschworenen bejahten die Fragen nach gemeinsamem schwerem Raub unter Versagung mildernder Umstände, bei den Frauen die nach Hehlerei. Dem Antrag des Staatsanwalts Ellers gemäß wurden Meißler, Wanske und Budde zu je weiteren 7 Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust, Frau Budde und Wanske zu je 4 Monaten Gefängnis verurteilt. Die Tat wurde als eine gemeine, freche und ehrlose angesehen. Mit diesem Urteil ist die Gesamtstrafe aller drei Angeklagten auf 99 Jahre Zuchthaus angewachsen.

Aus dem Landkreise Bochum.

b. **Werne**, 13. Juli. Mehrere jugendliche Taschendiebe, die z. T. der Schule noch nicht entwachsen sind, haben auf dem in Langendreer veranstalteten Bazar ihr Unwesen getrieben. Sie stahlen mehrere Geldbörsen mit namhaften Beträgen. Die Polizei ermittelte 4 dieser Langfinger und brachte sie zur Anzeige. Sie sind geständig. — Dem Landwirt H. wurde wiederholt Heu, das sich noch in den Wiesen zum Trocknen befand, gestohlen. Er hatte bereits etwa sieben Zentner eingebüßt, als einer der Täter ermittelt werden konnte. Von diesem erhielt er ein Teil seines Gutes zurück. Der Dieb hatte das Heu nur an eine andere Stelle gebracht, um es dort weiter zu trocknen und dann zu ernten. — Vereitelter Einbruch? An dem Ladenlokale der Metzgerei F. in der Bahnhofstraße wurde in der vergangenen Nacht eine Schaufensterscheibe eingeschlagen. Wegen der vor dem Fenster angebrachten Schutzgitter wurde das Einsteigen erschwert und ist vermutlich auch unterblieben, da ein Diebstahl nicht vorliegt. Ob überhaupt ein Einbruch beabsichtigt war, oder ob es sich nur um einen Bubenstreich handelt, ist unbestimmt. — Bevölkerungsstatistik. Im Monat Juni zogen 15 Familien mit 115 männlichen und 82 weiblichen Personen zu. Der Abzug betrug 20 Familien mit 140 männlichen und 126 weiblichen Personen. Die Gesamt-Einwohnerzahl betrug am 30. Juni 20 295. Die Zahl der Geburten betrug im Juni 46, die der Sterbefälle 14.

Aus der Nachbarschaft.

Q **Herne**, 11. Juli. Der gestörte Witwenball. Dem Zuge der Zeit folgend, veranstaltete im März d. J. der Junggesellenklub „Heiterkeit" einen Witwenball. Auf diesem ging es recht heiter zu. Wegen einer betrunkenen Witwe, entstand zwischen mehreren Teilnehmern ein Streit. Draußen vor dem Tanzlokale kam es zu einer Prügelei. Als der Ruf erscholl „Heiterkeit raus", begaben sich mehrere nach draußen. Es wurden die Worte gerufen: Vorsicht, ich schieße! Dann fiel ein Schuß, der dem unbeteiligten Arbeiter Töpfer ein Auge verletzte, auf dem schließlich das Sehvermögen verschwand. Die Polizei leitete gegen einen der Teilnehmer das Verfahren ein. Doch bald erschien auf dem Polizeibüro der noch nicht 18jährige Arbeiter Leibig von Herne mit der Bezichtigung, daß er den verhängnisvollen Schuß getan habe. Dieser hatte sich vor der Bochumer Strafkammer wegen schwerer Körperverletzung zu verantworten. Den Revolver hatte er am nämlichen Abend käuflich erworben. Geladen war er mit Vogelschrot. Die Strafkammer verurteilte den unglücklichen Schützen, der tiefe Reue zeigte und sich freiwillig zum Schadenersatz erbot, zu 3 Monaten und 2 Wochen Gefängnis. Wenn er dem Versprechen nachkommt, und sich drei Jahre gut führt, wird die Strafe nicht verhängt. Der Vorsitzende Landgerichtsdirektor Schulte geißelte scharf den im Industriegebiet überhandnehmenden Unfug des Waffengebrauches von jugendlichen Burschen.

Q **Herne**, 12. Juli. Ein Schmutzfink. Unter Ausschluß der Oeffentlichkeit hatte die Bochumer Strafkammer gegen den früheren Bergmann, jetzigen Photographen Friedrich Neumann von Herne wegen Anfertigung und Verbreitung unsittlicher Bilder und Schriften, gegen dessen Ehefrau wegen Beihilfe zu verhandeln. Die Strafliste Neumanns weist eine große Zahl von Vorstrafen auf, darunter viele wegen öffentlicher Beleidigungen. Längere Jahre bereiste er die verschiedenen Gegenden Deutschlands als Missionsprediger einer Sekte. Schließlich ließ er sich in Herne als Bergmann nieder, beschäftigte sich dann nach seiner Entlassung mit Anfertigung von Nacktbildern, die das Schamgefühl auf das Empfindlichste verletzten. Zur Herstellung derselben benutzte der Angeklagte als Modelle selbst seine eigene Frau und Töchter. Die Strafkammer verurteilte Neumann im Sinne der Anklage zu 9 Monaten Gefängnis, welche Strafe durch die erlittene Untersuchungshaft als verbüßt erachtet wurde. Außerdem erkannte das Gericht auf Unbrauchbarmachung der Platten. Die angeklagte Frau Neumann wurde freigesprochen.

* **Höntrop**, 13. Juli. Gestern nachmittag fand im Lokale des Wirtes Wegener unter dem Vorsitze des Amtmanns Baumann eine Gemeinderatssitzung statt, in welcher die Tagesordnung in folgender Weise erledigt wurde: Der Haushaltsplan, der von der Amtsbehörde auf 1 550 000 Mk. veranschlagt wurde, er-

Soziales Leben.

Lohnbewegung im Malergewerbe.

Das bestehende Lohnabkommen für das Malergewerbe in Rheinland und Westfalen läuft am 15. Juli ab. Die am 11. d. Mts. in Essen stattgehabten Verhandlungen zwischen den Vertretern der Arbeiter und Arbeitnehmer haben zu keinem Ergebnis geführt. Die Forderung der Arbeitnehmer, die eine Erhöhung von 10 Mark für die Arbeitsstunde vorsieht, wurde von den Arbeitgebern mit der Begründung abgelehnt, daß das Gewerbe eine solche Erhöhung nicht vertragen könne. Angeboten wurde nach längeren Verhandlungen eine Erhöhung des Stundenlohnes um 4 Mark. Nach Ablehnung dieses Angebots soll nunmehr der Reichs- und Staatskommissar zur Fällung eines Schiedsspruches angerufen werden.

hielt die Genehmigung. — Die an der Chaussee belegene alte Ruine der alten katholischen Kirche soll von der Gemeinde käuflich erworben werden. Der augenblickliche Besitzer, Fuhrunternehmer Schildgen, verlangt als Kaufsumme 21 200 Mark, verlangt aber bei diesem geringen Preise, daß sein Sohn als Kastellan in dem darin einzurichtenden Jugendheim angestellt wird, daß ihm eine Kaffeewirtschaft eingerichtet und ein Backofen angelegt wird. Nach langem Für und Wider, wobei hervorgehoben wurde, daß einerseits die Jugend aus den Gasthäusern herausgezogen werden solle und anderseits hier wieder unter dem Deckmantel des Kaffeehauses ein Gasthaus eingerichtet werden soll, entschloß man sich grundsätzlich für den Kauf; mit dem Besitzer solle aber noch einmal verhandelt werden und der endgültige Entschluß in der nächsten Sitzung gefaßt werden. — Da den einzelnen Mitgliedern die neue Gewerbesteuerordnung nicht zugegangen ist, wurde die Beschlußfassung darüber vertagt. Die von der Amtsbehörde vorgeschlagene Vergnügungssteuerordnung dagegen wurde angenommen. — Mit dem von der Straßenbahngesellschaft vorgeschlagenen Plan über die Durchführung der Straßenbahn Eickel — Wattenscheid — Höntrop bis zum Bahnhof war die Gemeindevertretung unter der Bedingung einverstanden, daß die Gesellschaft sämtliche Kosten tragen muß. — Amtmann Baumann verlas die seitens der Stadtverwaltung Wattenscheid gewünschten Abänderungen des Eingemeindungsvertrages. Die Vertretung ist damit einverstanden und genehmigt die Vollziehung. — Den Jugendherbergen wird der erbetene Beitrag von zehn Pfennig für den Kopf der Bevölkerung bewilligt. — Wegen allerlei Mißständen in der Schulstraße sollte diese ausgebaut werden. Da die Anwohner aber nicht geneigt sind, das erforderliche Gelände unentgeltlich abzugeben, hat die Gemeinde an dem Ausbau der Straße kein Interesse mehr. — Mit Hilfe der staatlichen Unterstützungen sollen zwei Wohnungen gebaut werden. Die Kosten betragen zusammen 520 000 Mk., wovon die Gemeinde insgesamt 400 000 Mk. zu tragen hat, die in 20 Jahren abzutragen sind. Die Wohnungen sollen der Befriedigung allgemeiner Bedürfnisse dienen. Sie bleiben Eigentum der Gemeinde. — Plugge (Ztr.) schlug vor, die Fahnenstangen in den Farben der Republik zu streichen, damit sie nicht eines Morgens zerbrochen an den Straßen lägen. — Es folgten noch einige Anfragen und kleinere Mitteilungen, worauf die Sitzung lt. Gelsenk. Ztg. um 6½ Uhr geschlossen wurde.

* **Günnigfeld**, 12. Juli. In der gestrigen unter Vorsitz des Amtmanns Baumann abgehaltenen Gemeinderatssitzung waren neben dem Vorsteher Tölle 9 Gemeindeverordnete anwesend. Vor Eintritt in die Tagesordnung nahm der Gemeindeverordn. Scholz (Soz.) das Wort; er brandmarkte die Mordtat an Rathenau und stellte folgende Anträge: 1. Die Kinder, die aus Anlaß der Kundgebung gegen den Mordanschlag aus der Schule gehalten wurden, sind straffrei zu belassen. 2. Die Satzungen der einzelnen Vereine sind einzusehen und durch eine Kommission dahin zu prüfen, ob sie monarchistischen Bestrebungen huldigen. 3. Die Fahnenstangen sind in den Reichsfarben anzustreichen und die Fahnen der Gemeinden sind in Ordnung zu bringen. Gemeindev. Becker (U.) beantragt, die Kaiser- und Königstraße anders zu benennen. Die Gemeindevertretung ist damit einverstanden. Gemeindev. Krämer (Soz.) schlug vor, die Kaiserstraße Monstadtstraße zu nennen zur Erinnerung an den früheren Gemeindevorsteher. Die Gemeindevertretung beschließt nach längerer Aussprache, beide Straßen (Kaiser- und Königstraße) mit dem Namen Monstadtstraße zu bezeichnen. Nunmehr wird in die Erledigung der Tagesordnung eingetreten. Auf Grund der von der Finanzkommission gemachten Vorschläge wurde der Haushaltsplan ohne wesentliche Debatte in Einnahme und Ausgabe auf 6 235 500 Mark festgesetzt. Die Grund- und Gebäudesteuer erhöht sich auf 15 pro Tausend (8 pro Tausend im vorigen Jahre). Die Einführung einer neuen Gewerbesteuerordnung wird von der Tagesordnung abgesetzt. Bei der Beratung über die Erhebung einer Vergnügungssteuer teilt der Amtmann mit, daß die beschlossene Steuerordnung die Genehmigung der vorgesetzten Behörde nicht gefunden habe. Die neue Steuerordnung löst eine lebhafte Aussprache aus. Die Gemeindevertretung beschließt, die Vorlage an die Finanzkommission zurückzuverweisen und den Gemeindeverordn. König zu der Beratung hinzuzuziehen. Die Müllabfuhrgebühren werden ab 1. Juli um 50 Prozent erhöht. Die Parkwirtschaft soll ab 1. Oktober 1922 an die Glückaufbrauerei verpachtet werden. Nach dem Pachtvertrag beträgt die jährliche Pacht 50 Prozent des Vereinkaufspreises des in der Wirtschaft zum Ausschank gelangenden Bieres, mindestens 40 000 Mark. Die Kaution ist auf 40 000 Mk. festgesetzt. Der gesamte Pachtvertrag wird gegen 2 Stimmen angenommen. Die Parkstraße soll kanalisiert werden. Dafür sind 300 000 Mark erforderlich. Diese Summe soll bei der Landesbank aufgenommen werden. Die Polizei hat eine Eingabe an die Gemeindevertretung gerichtet, in der Gemeinde nachts Notlaternen brennen zu lassen, was im Interesse des Dienstes der Beamten und der Sicherheit liege. Gemeindev. Tölle teilte mit, daß das Brennen einer Laterne je Stunde 1,90 Mark koste. Es kämen 20 Laternen in Betracht, wodurch der Gemeinde je Tag rund 200 Mark Kosten entstehen. Die Gemeindevertretung lehnt den Antrag ab. Durch den Wegzug des Lehrers Kellner wird zum 1. Oktober die Stelle des Bibliothekars frei. Die Stelle soll durch Lehrer Paul Küper besetzt werden. Die Vertretung beschließt noch, für die Gemeinde einen zweiten Ziegenbock zu beschaffen. Wie mitgeteilt wurde, findet im nächsten Monat in Günnigfeld eine Ziegenausstellung statt.

h. **Stiepel**, 12. Juli. Von der Polizei festgenommen wurde der wegen Diebstahls gesuchte Walter F. aus Schleswig. — In Haft genommen wurde ein junges aus der Fürsorge entlaufenes Mädchen, daß sich sittlichen Verfehlungen zu Schulden hatte kommen lassen und sich umhertrieb. — In Schutzhaft genommen und in ein Krankenhaus gebracht wurde eine auswärtige Frau, die sich in der Ruhr das Leben nehmen wollte. Sie wurde von dem des Schwimmens unkundigen Arbeiter Leo Schulz, Welver, Ringstraße wohnhaft, unter eigener Gefahr aus dem Strom geholt. — Wiederum haben Diebe der katholischen Kirche in Stiepel einen Besuch abgestattet. Gestohlen wurde nichts, dafür haben die Diebe durch das Aufbrechen Schaden angerichtet.

R. **Dahlhausen**, 13. Juli. Neuer Schul-Kino. Verschiedene Herren aus der Großgemeinde Linden-Dahlhausen haben mit vereinten Kräften die Anschaffung eines prächtigen Kinematographen zustande gebracht, der nunmehr nach Genehmigung durch die Gemeindevertreter in der Falkeschule in Dahlhausen Aufstellung gefunden hat. Dieses Kino ist ein prachtvoll hergestellter Apparat mit einer Einrichtung für stehende Lichtbilder. Das Kino soll den höchsten Ansprüchen genügen und vorzügliche, flimmerfreie Bilder liefern, kostet aber auch 30 000 Mark. Geplant sind Vorführungen von Lehr- und Unterhaltungsfilmen, die gegen Zahlung eines mäßigen Eintrittspreises zur Bekämpfung von Schundfilmen usw. den Schulen und Vereinen dargeboten werden sollen. Die Vorführung des neuen Kinos erfolgte am Dienstag, abends 5½ Uhr in der Falkeschule zu Dahlhausen. Der Amtmann Falke, verschiedene Pfarrer, Gemeindevertreter, Rektoren, Lehrer, Lehrerinnen und Schüler hatten sich in der Turnhalle, wo in Zukunft die Darbietung der Lichtbilder erfolgen soll, zur Eröffnung vereinigt. Die vorgeführten „Haidebilder" waren klar und prachtvoll und fanden daher allseitigen Beifall. Verschiedene andere Bilder zeigten weniger Durchschlagskraft, doch fällt keine Eiche mit einem Streiche. Dem neuen Unternehmen wünschen wir fröhliches Blühen und Gedeihen zum Segen unserer Großgemeinde.

Letzte Nachrichten und Drahtmeldungen.

Nach der deutschen Stundungsnote.

Vorläufige Antwort der Reparations-Kommission.

TU. **Paris, 14. Juli. Die Antwort der Reparationskommission auf das Stundungsgesuch der deutschen Regierung wird heute abend überreicht werden. Es ist eine kurze Note, in der die Zahlung der am 15. Juli fälligen Rate verlangt und darauf hingewiesen wird, daß eine Antwort in der Frage des Moratoriums erst möglich sei, sobald der Bericht des Garantiekomitees vorliege.**

Erklärungen eines Deutschen in Paris.

w. **Paris**, 13. Juli. Eine in Paris weilende hochgestellte deutsche Persönlichkeit gab dem Berichterstatter des Newyork Herald Erklärungen ab, in denen er nach einem Hinweis auf die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Gefahren der deutschen Währungslage sagt:

Wir forderten absichtlich keine Herabsetzung der Sachlieferungen. Wir sind willens, in dieser Beziehung unser Bestes zu tun im Vertrauen darauf, daß das Moratorium für die Restzahlungen des Jahres 1922 und die noch unbestimmten Barzahlungen für 1923 und 1924 uns dabei unterstützt. Wenn, wie wir annehmen, während dieser Frist die Mark wieder einigermaßen stabil gemacht werden kann, so haben wir das Gefühl, daß wir vorwärts kommen können. Natürlich würde der Gedanke der internationalen Anleihe keineswegs aufgegeben. Die anderen Mittel sind nur Stückwerk. Die tatsächliche Lösung muß dadurch erreicht werden, daß man der Frage auf den Grund geht. Dabei stößt man auf den deutschen Kredithedarf. Obwohl der Sturz der Mark zweifellos das Vertrauen zu Deutschland erschüttere, können wir darauf hinweisen, daß wir auf dem Wege zum Ausgleich unseres Budgets waren, als die Mark zu sinken begann. Unsere Ausgaben für Nahrungsmittel steigen aber in erschreckendem Maße weiter.

Französische Angst.

D **Paris**, 13. Juli. Der Temps behandelt heute Abend an leitender Stelle die Haltung, die die französische Regierung dem Moratorium Deutschlands gegenüber einnehmen solle. Das Blatt behauptet, daß dieses Verhalten Deutschlands die ganze Reparationsfrage und den europäischen Frieden aufs Spiel setze. Es wendet sich dagegen, daß man Deutschland ohne weiteres ein Moratorium für 1923 und 1924 gewähren wolle und betont, daß von 1922 bis 1925 Deutschland unter diesen Umständen alle seine Kräfte daransetzen werde, seine Industrie zu entwickeln und seinen Einfluß im Auslande auszudehnen und Kapital in guter Münze anzuhäufen!? Während dieser Zeit werde Frankreich und Belgien unter der Last der Reparationen und England unter der Arbeitslosigkeit zusammenbrechen. Im Jahre 1925, wenn man von Deutschland die Wiederaufnahme seiner Zahlungen verlangen werde, könne man kaum im Ernst daran denken, daß Deutschland wieder bezahlen werde; im Gegenteil, es sei sehr wahrscheinlich, daß es sich dagegen wehren würde und damit durch das heute übernommene Moratorium für 1925 den Krieg vorbereiten (?!) werde. Die französische Regierung müsse der britischen Regierung mitteilen, daß die Haltung Deutschlands Frankreich nicht mehr erlaube, irgend welche Zahlungen, weder an Kapital noch an Zinsen auf die Schulter zu legen, solange der französische Staatsfiskus nicht selbst Zahlungen erhalten habe, um die in den zerstörten Gebieten verursachten Schäden zu bezahlen. Die französische Regierung müsse weiter dem Delegierten bei der Wiedergutmachungskommission Instruktionen erteilen, auf keine Diskussion über ein Moratorium einzugehen, solange nicht Frankreich selbst einen Vorrang erhalten habe, in welchem ihm in besonderer Weise eine auf gewisse Zeit hinaus gesicherte Zahlung der Summen gewährleistet wird, die für die in den zerstörten Gebieten angerichteten Schäden nötig sind. Falls man über diesen Vorschlag zur Tagesordnung übergehen sollte, solle Frankreich vor Eintritt in die Erörterungen seine Handlungsfreiheit zurückverlangen; es sei stark genug, es zu tun.

Die englische Regierung für das Moratorium.

w. **London**, 13. Juli. In Erwiderung auf eine Anfrage erklärt Lloyd George im Unterhause, die deutsche Regierung habe den Wiederherstellungsausschuß unter Bezugnahme auf verschiedene Artikel des Versailler Vertrages eine Mitteilung wegen eines Moratoriums übersandt. Der Wortlaut werde veröffentlicht werden. Es werde wahrscheinlich nötig, daß die britische Regierung und die anderen Regierungen diese Anregungen in ernste Prüfung zögen und sich untereinander auch mit dem Wiederherstellungsausschuß beraten. **Es sei absolut notwendig, daß Deutschland ein solches Moratorium gewährt werde, damit es in die Lage komme, seine Finanzen wieder in Ordnung zu bringen und dadurch die Reparationen zu leisten.**

Die Frage der Regierungsumbildung.

bb. **Berlin**, 13. Juli. Das Verlangen der Gewerkschaften, die Unabhängigen in die Koalition einzubeziehen, überraschte nach dem Berliner Tageblatt sehr. Das Zentrum sowohl wie auch die Demokraten sähen darin einen unerträglichen Druck außerparlamentarischer Faktoren auf den Reichstag. Diesem Druck könne unter keinen Umständen nachgegeben werden, da sonst die politischen Konsequenzen unabsehbar wären. Ueberdies lägen übereinstimmende Informationen vor, nach denen das Ausland die Auflösung des Reichstages in gegenwärtiger Zeit geradezu für verhängnisvoll erachten würde.

Auch die Vossische Zeitung will bestimmt wissen, daß das Zentrum und die Demokraten auf ihrem Standpunkt, bei einer einseitigen Erweiterung der Koalition nach links nicht mitzumachen, beharren werden, auch auf die Gefahr einer Auflösung hin, und zwar beunruhige bei diesen Parteien besonders das Eingreifen der Gewerkschaften. Von einem Eingreifen des Reichspräsidenten erwarte man eine Lösung der Krise, durch die Neuwahlen vermieden werden.

Der Vorwärts will von einem „Vorstoß der Gewerkschaften" oder gar von einer „unzulässigen Einmischung" nichts gelten lassen. Die Gewerkschaften, sagt er, haben ein lebhaftes Interesse daran, die in ihren Mitgliedschaften am stärksten vertretenen Parteien auf eine gemeinsame Linie zu bringen. Sie haben in diesem Sinn lediglich eine vermittelnde Tätigkeit unternommen, die von beiden sozialdemokratischen Parteien dankbar angenommen worden ist. Schwerste Schädigung des Volksganzen lasse sich nach Meinung des Blattes nur dann vermeiden, wenn die republikanische Schutzgesetzgebung für beide sozialdemokratischen Parteien annehmbare Gestalt gewinnt, und wenn ihre entschlossene Durchführung durch eine nach links erweiterte republikanische Regierung garantiert wird. Andernfalls bleibt nichts weiter übrig, als eine Reichstagsauflösung.

Laut L.-A. ist für morgen vormittag eine Sitzung des interfraktionellen Ausschusses vorgesehen, in der voraussichtlich die Frage der Regierungsumbildung entschieden werden wird.

TU. **Berlin**, 13. Juli. Eine Entwirrung der parlamentarischen Lage ist bis zum Abend noch nicht eingetreten. Es haben zwar nach Beendigung der Reichstagssitzung kurze interfraktionelle Besprechungen stattgefunden, doch sind Beschlüsse nicht gefaßt worden, da man zunächst die Beschlüsse der Fraktionen, insbesondere des Zentrums und der Sozialdemokraten, die heute abend tagen, abwarten will. In Kreisen der bürgerlichen Parteien ist man der Auffassung, daß solange die Mehrheit der sozialdemokratischen Fraktionen nicht offiziell an die anderen Parteien wegen des Eintritts der Unabhängigen in die Regierung herantritt, von seiten der bürgerlichen Fraktionen nichts in der Frage der Regierungsumbildung geschehen soll.

TU. **Berlin**, 13. Juli. Der Reichspräsident trifft entgegen der gestern verbreiteten Meldung erst am Samstag vormittag in Berlin ein.

Ministerwechsel in Braunschweig.

w. **Braunschweig**, 13. Juli. Im Landtag wurde über das Mißtrauensvotum der Unabhängigen gegen den der Deutschen Volkspartei angehörenden Minister Kaefer verhandelt. Der Redner der Unabhängigen kritisierte die Politik der Deutschen Volkspartei und griff dann Kaefer persönlich an, weil dieser Mitglied der Organisation Stahlhelm sei. Er bezweifelte, daß die Regierung zu ernstlichen Maßnahmen greife, weil eben eines ihrer Mitglieder der Organisation angehöre. Die Redner der Deutschen Volkspartei und der Demokraten traten beide für Kaefer ein und erklärten, daß er niemals versuchte, eine Maßnahme der Regierung zu durchkreuzen. Minister Roenneburg erklärte dasselbe. Schließlich erklärte Kaefer, er wolle, um den Landtag vor der Abstimmung zu bewahren, im Einverständnis mit seiner Fraktion freiwillig sein Amt niederlegen. Er erklärte ferner, daß die Deutsche Volkspartei und die ihr angeschlossenen wirtschaftlichen Vereinigungen aus der Regierungskoalition ausscheiden. Darauf wurde der Antrag der USP. zurückgezogen, und der Präsident schloß die Sitzung.

Die Verfolgung der Ministermörder.

w. **Dessau, 13. Juli. Der Staatsrat für Anhalt teilt mit, die beiden flüchtigen Mörder Rathenaus befinden sich in Anhalt.** Die anhaltische Sicherheitspolizei traf umfassende Maßnahmen, das Land abzusperren. Das Publikum wird aufgefordert, die Fahndungsarbeiten der Behörden möglichst zu unterstützen und alle verdächtigen Wahrnehmungen sofort der nächsten Polizeistation zu melden.

Die Novelle zum Einkommensteuer-Gesetz im Steuerausschuß.

w **Berlin**, 13. Juli. Der Steuerausschuß des Reichstags erledigte in der zweiten Lesung die Novelle zum Einkommensteuergesetz. Angenommen wurde u. a. ein Antrag Dr. Hertz (U.), wonach Militär-, Alters- usw. -Renten steuerfrei sein sollen, auch wenn sie 8000 Mk. übersteigen, während bisher dieser Betrag die Höchstabzugsgrenze bildete, ebenso ein neuformulierter Antrag auf Freilassung von bei Sparkassen usw. nach Art von Lebensversicherungen hinterlegten Geldern bis zum Höchstbetrag von 8000 Mark. Der Tarif wurde unverändert wie in der ersten Lesung angenommen. Weiter wurde ein Antrag zugunsten der Kleinrentner und Kleinkapitalisten angenommen, nach dem Einkommen bis zu 20 000 Mk. einkommensteuerfrei bleiben sollen. Zu den Werbungskosten beantragt Hertz (U.) Festsetzung auf 10 800 Mk. Nach längerer Aussprache wurde dieser Antrag angenommen.

Die in Preußen aufgelösten Organisationen.

w. **Berlin**, 13. Juli. Bisher wurden für das preußische Staatsgebiet folgende Organisationen aufgelöst:

Verband nationalgesinnter Soldaten, Bund der Aufrechten, Deutsch-völkischer Schutz- und Trutzbund, Der Stahlhelm.

Amerikanische Nahrungsmittelsendung für Deutschland.

w **Newyork**, 13. Juli. Aus Chikago wird gemeldet: Edward Morris, der Präsident der Morris-Transportgesellschaft, hat die Verschiffung von Nahrungsmitteln für Deutschland im Werte von 1¾ Millionen Dollar übernommen. Der erste Transport von 55 Eisenbahnwaggons wird morgen abgehen.

bb. **Berlin**, 13. Juli. Nach der Kreuzzeitung fällte das Reichsgericht eine Entscheidung, daß der Bußtag nach wie vor gesetzlicher Feiertag sei und die Arbeiterschaft eines Fabrikbetriebes nicht berechtigt sei, am Bußtag zu arbeiten.

w **Berlin**, 13. Juli. Von unterrichteter Seite wird mitgeteilt: Infolge der steigenden Teuerung werden Gehaltserhöhungen für die Mitglieder der interalliierten Militärkontrollkommissionen für Juni und Juli gezahlt und zwar erhält der vorsitzende General monatlich 103 800 Mk., sonstige Generale, Obersten, Oberstleutnants 76 475 Mk., Majore 54 625 Mk., Hauptleute, Leutnants und Unterleutnants 46 425 Mark, Unteroffiziere 25 250 Mk., Gemeine 15 300 Mark. Außerdem beziehen sie das Gehalt ihres Landes.

w. **Leipzig**, 13. Juli. Der Ausschuß des Tarifamts der Buchdrucker stimmte dem Vergleichsvorschlag auf eine außerordentliche Lohnerhöhung zu. Am 16. August wird der Ausschuß erneut zusammentreten behufs weiterer Regelung der Löhne.

w. **Hamburg**, 13. Juli. Zur Explosion in Bweedorf wird noch gemeldet, sie wurde durch Reibungszündung bei der Reinigung eines Kessels in der Perchlorsäureanlage verursacht. Der Betriebsleiter, ein Meister und sieben Arbeiter wurden in Stücke gerissen, 10 bis 15 Arbeiter verletzt. Der Betriebsschaden wird auf viele Millionen geschätzt, der Außenschaden ist infolge günstiger Windrichtung gering. Eine spätere, unbestätigte Meldung spricht von 12 Toten.

w. **Hamburg**, 13. Juli. Der Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses für die Hafenarbeiter, Maschinisten und Heizer wurde mit 5939 gegen 3335 Stimmen angenommen. Der Streik gilt somit als abgelehnt.

w. **Marienbad**, 13. Juli. Infolge starker Hagelschläge ist das Stadtgebiet überschwemmt. Das Wasser steht in den Kellern in 1½ Meter Höhe. Der Straßenunterbau ist aufgerissen.

w **Posen**, 13. Juli. Gestern wurde der Chefredakteurs Marchlewski der Zeitung Kurjer Posnanski in der Redaktion von einem Mann erschossen, der vor einigen Tagen wegen Verleumdung dieses Blattes zu drei Monaten Gefängnis verurteilt worden war. Der Täter wurde festgenommen.

w. **Warschau**, 13. Juli. Bei Rzeszow (Galizien) flog ein Pulvermagazin in die Luft. Projektile fielen in die Stadt, wo sie explodierten. Rzeszow litt wenig, das Dorf Powiczna (?) wurde vollkommen zerstört. Die Zahl der Opfer und der Umfang des Schadens ist noch nicht festgestellt, die Ursache nicht aufgeklärt.

D. **Belgrad**, 14. Juli. Hiesige Blätter kündigen an, daß Hugo Stinnes die Balkanstaaten besuchen wolle, insbesondere Rumänien, wo er angeblich finanzielle Absichten in Verbindung mit der rumänischen Petroleumindustrie verfolge.

TU. **London**, 14. Juli. Die Bank von England hat den Diskont von 3½ auf 3 Proz. ermäßigt.

TU. **Washington**, 14. Juli. Die Streikbewegung der Eisenbahner ist in ein kritisches Stadium eingetreten, da sich gestern die Lokomotivführer, die Heizer und das Zugbegleitpersonal am Streik beteiligten. Gegenwärtig streiken in den Ver. Staaten 400 000 Eisenbahner und 600 000 Bergleute.

nbl. **Gelsenkirchen**, 13. Juli. Die Glückauf-Brauerei A.-G. hielt heute ihre Generalversammlung ab. U. a. wurde die Erhöhung des Aktienkapitals von 3 900 000 Mark um 3 600 000 Mark auf 7 500 000 Mark beschlossen. Die neuen Stammaktien sollen den Stammaktionären zum Kurse von 260 zu 4 Proz. Gewinnbeteiligung ab 1. April 1922 angeboten werden. Ein Aktionär machte den Vorschlag, einen etwas niedrigeren Kurs, etwa 200, zu nehmen. Vom Aufsichtsrat wurde erwidert, daß verschiedene Umstände die Verwaltung veranlaßt hätten, einen höheren Kurs vorzuschlagen, besonders sei die Entwertung der Mark maßgebend gewesen.

Verantwortlich: Für Politik: Ernst Renner für Feuilleton und Lokales: Willi Lindner; für Handel Sport und Letzte Nachrichten: Theodor Hosten für „Feierstunden" und den übrigen Textteil: i. V. Willi Lindner für Inserate und Reklamen: Eugen Wolff sämtlich in Bochum.

Die heutige Nummer umfaßt 6 Seiten.

Wolfgang Margret-Ossanna

Die glückliche Geburt

prächtiger Zwillinge

zeigen hocherfreut an

Carl Aug. Rose u. Frau

Margarethe geb. Habigherst

Bochum, den 12. Juli 1922.

Ihre Vermählung geben bekannt

Dr. iur. Walther Knupe

Frau Otti Knupe

geb. Viefhaus.

Bochum, den 14. Juli 1922.
Bergstr. 54.

Stadt- und Landkreis Bochum

Höchstpreise für rationiertes Brot.

Auf Anordnung des Herrn Regierungspräsidenten in Arnsberg wird auf Grund des § 34 des Gesetzes über die Regelung des Verkehrs mit Getreide vom 21. 6. 21 (R.-G.-Bl. S. 637) unter Aufhebung unserer Anordnung vom 14. Juni 1922 folgendes bestimmt:

1. Vom 15. Juli ds. Js. — Brotmarke 29 — an, sind folgende Preise für die nachbenannten Backwaren festgesetzt:

a) Graubrot:
mit einem Verkaufsgewicht von 6 Pfd. 23,60 ℳ
mit einem Verkaufsgewicht von 3 Pfd. 11,90 ℳ

b) Kasselerbrot:
mit einem Verkaufsgewicht von 6 Pfd. 23,80 ℳ
mit einem Verkaufsgewicht von 3 Pfd. 12,— ℳ

c) Schwarzbrot:
mit einem Verkaufsgewicht von 6 Pfd. 22,40 ℳ
mit einem Verkaufsgewicht von 3 Pfd. 11,30 ℳ
im Aufschnitt für 1 Pfd. in Verpackung 4,40 ℳ

2. Auf Brotmarke 28 ist bis Montag Abend das Brot noch zu dem alten Preise abzugeben.

3. Die Bäcker und Inhaber von Brotverkaufsstellen sind verpflichtet, diese Anordnung in den Verkaufsräumen an gut sichtbarer Stelle auszuhängen.

4. Die festgesetzten Preise sind Höchstpreise im Sinne des Gesetzes betr. Höchstpreise vom 4. August 1914 in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Dezember 1914 (R.-G.-Bl. S. 513) in Verbindung mit der Bekanntmachung vom 21. Januar 1915 (R.-G.-Bl. S. 25) vom 23. September 1915 (R.-G.-Bl. S. 603) vom 23. März 1916 (R.-G.-Bl. S. 183) und vom 22. März 1917 (R.-G.-Bl. S. 252). 12 528

Bochum, den 13. Juli 1922.

Der Oberbürgermeister. Der k. Landrat.

Stadt Bochum.

Landwirtschaftskammerbeiträge.

Die Hebeliste der Beiträge zu den Kosten der Landwirtschaftskammer für die Provinz Westfalen für das Rechnungsjahr 1922 liegt vom 15. 7. 1922 ab 14 Tage lang im Rathaus, Zimmer 33 zur Einsicht der Beteiligten offen.

Bochum, den 11. Juli 1922.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Das Oberversicherungsamt in Dortmund hat die Ortslöhne auf Grund der §§ 149—151 R. V. O. für die Zeit vom 1. August 1922 bis 31. Dezember 1925 anderweit festgesetzt.

Sie betragen für den Bezirk des Landkreises Bochum:

	unter 16 Jahren	von 16 bis 21 Jahren	über 21 Jahre
für männl. Personen	23.00 ℳ	38.00 ℳ	48.00 ℳ
für weibl. Personen	18.00 ℳ	25.00 ℳ	33.00 ℳ

Bochum, den 8. Juli 1922.

Das Versicherungsamt des Landkreises Bochum.
Der Vorsitzende, k. Landrat: J. V.: Hesse.

Bekanntmachung.

Mit Genehmigung unserer Aufsichtsbehörde **tritt am 15. ds. Mts.** eine **Erhöhung unserer Fahrpreise** in Kraft, deren Einzelheiten aus den Wagenaushängen ersichtlich sind.

Essen, den 12. Juli 1922.

Direktion der
Bochum-Gelsenkirchener Straßenbahnen.

Kurhaus-Hotel
Luftkurort Battenberg (Eder)
I. Haus am Platze, vollständig neu, Bad u. elektr. Licht, ruhige, vornehme Lage, rings von Gärten u. Wäldern umgeben. Erstkl. volle Pension 120 Mk.
Auto-Garage. Fernruf 54. Bes.: **Gust. Auer.**

Versicherung von
Reisegepäck
übernimmt zu weitestgehenden Bedingungen u. mäßigen Prämien
Subdirektor Otto Plangemann
Bochum, Rechenerstraße 14, Fernruf 1615.

Gottesdienst i. d. Synagoge
Freitag Abend 7 Uhr.
Samstag Morgen 9½ Uhr.
Samstag Abend 9⁰⁰ Uhr.

Familien-Nachrichten

Geboren: Ein Knabe: Hans Heckes, Hombera. **Vermählte:** Dr. Richard Goldbaum m. Liesel Klein, Duisburg. Karl Werning m. Wilhelmine Ostendorf, Duisburg. Heinrich Degener m. Trude Gebrande, Essen-West. **Gestorben:** Hans Vehl, 2½ J., Herne. Heinrich Tost, 27 J., Wattenscheid. Walter Bodlenz, München. Johanna Süggeler, 25 J., Holthausen. Johannes Paschen, 53 J., Essen, Wwe. Lina Rottberg geb. Kettmann, 65 J., Dortmund.

Fluchtlinienfestsetzung

Der von uns im Einverständnis mit der Stadtverordneten-Versammlung unter Zustimmung der Ortspolizeibehörde festgestellte Fluchtlinienplan der Westfälischen Straße, von der Hermannshöhe bis zum Hause 9, der abgestumpften Ecke an der Kronen- und Westfälischen Straße (Parzelle 3460/5) und des Grundstücks Hermannshöhe 2 liegt gemäß § 7 des Gesetzes vom 2. Juli 1875 über Anlegung und Veränderung von Straßen und Plätzen in Städten **vv. von Montag, den 17. Juli d. J. ab, 4 Wochen lang** während der Dienststunden im Vermessungsamt, Trankgasse Nr. 7a, Zimmer 43 zu jedermanns Einsicht und zur Erhebung von Einsprüchen offen.

Bochum, 13. Juli 1922.

Der Magistrat.

Fleischverteilung.

Am Sonnabend, den 15. Juli 1922, wird auf der Freibank des städt. Schlachthofes für die eingetragenen Kunden minderwertiges Rind- und Schweinefleisch verkauft. Es erhalten Fleisch die Nummern von:
501—Ende von morg. 7—8,
1—150 von morg. 8—9,
151—300 von morg. 9—10,
301—500 von morg. 11—11½.
Das Warenausweisheft ist mitzubringen.

Die Schlachthofdirektion.

Vereinigte Stadttheater Bochum-Duisburg.
Freitag, 14. Juli, 7—10½
B. 36.
„Friedrich d. Große"
1. Teil: „Der Kronprinz".
Samstag, 15. Juli, 7—10
A. 33.
„Die Fledermaus"

Neues
Operetten-Theater
Bochum
Rottstr. 29 Tel. 534
Gastspiel der Kölner Lustspiele
Nur noch 2 Tage
Der sensationelle Lacherfolg!
Hermann, was hast du gemacht?
Schwank in 3 Akten mit Orchester.
Ab Sonntag, 16. Juli abends 7½ Uhr:
Wenn die Liebe nicht wär.
Schwank mit Gesang in 3 Akten.

Bochumer Krieger- u. Landwehr-Verein
2. Bezirk.
Samstag, den 15. Juli, abends 8¼ Uhr, bei Bahnefeld, Hermannshöhe,
Monatsversammlung
Tagesordnung:
1. Mitteilungen und Berichte.
2. Ausflug.
3. Fechtschule (Ablieferung u. Beförderungen)
4. Unterhaltendes (Damen willkommen).

Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen bittet

Der 1. Vorsitzende.

Alt Gold, -Silber,
(kein deutsches Silbergeld)
Brillanten, Alt Platin
kauft ständig
Gust. Arbeiter
Goldschmied.
A B C - Straße 13.

Wir machen in unserer neuzeitlich eingerichteten
Vulkanisier-Anstalt
jede



Gewerkschaft BOCHUM **PLUTO** Kanalstrasse 40

Quartett-Verein „Maiglöckchen" Bochum-Hamme
Vereinslokal: C. Heiermann. — Chorleiter: Oscar Seelig jr. (Dorstener- u. Feldsieperstr.-Ecke.) 1. Vorsitz. F. Petermann.

Am Sonntag, den 23. Juli 1922:

Sängerfahrt nach Düsseldorf-Kaiserswerth.

Abfahrt morgens 5⁴⁰ Bochum-Präsident.

Zu dieser Fahrt laden wir die Ehren-, passiven und aktiven Mitglieder freundlichst ein. Anmeldungen sind spätestens bis Montag, den 17. Juli schriftlich oder mündlich an den 1. Schriftführer Heinr. Seelig, Dorstenerstraße 194 oder im Vereinslokal Heiermann zu machen, weil evtl. für Nachtlogis gesorgt werden muß.

Für Personalausweis muß gesorgt werden.

NB. Der geplante Ausflug nach Pyrmont findet umständehalber erst im nächsten Jahre statt.

Der Vorstand.

---

8 Trau-Ringe noch sehr billig. **Beielstein** Kortumstr. 18

Klavier zum Ueben 0236
frei. Robertstr. 4, part

Diese Woche!

Frisches Rindfleisch eigener Schlachtung	44 Mk.
Gehacktes von frischem Rindfleisch	50 Mk.
Leberwurst	34 Mk.
Blutwurst	18 Mk

Alle anderen Wurstsorten zu den billigsten Tagespreisen.

Adolf Cletsoway,
Bochum, Kleine Beckstraße 1.

Städtisches Orchester Bochum

Heute, Freitag, den 14. Juli, abends 8 Uhr im Stadtpark:

2. Abendkonzert

Leitung: Konzertmeister Hans Treichler / Solisten: Voß, Schmidt, Panse, Becker (Horn)

U. a. Werke von Schumann, Schubert, Mendelssohn, Grieg

Das Konzert findet nur bei günstiger Witterung statt

Ringe — **Ringe**



Enorme Auswahl
Silber 800 gestempelt
Ausgewählte Muster
Gold 333 gestempelt

Uhren-Rave
Bongardstraße 28. Telefon 2593.
— Beachten Sie meine Schaufenster. —

Ein Schlager
für jeden Pfeifenraucher:
nur garantiert echte, reine Tabake. — Beziehen Sie direkt von der Fabrik,
Sie ersparen viel Geld!
Zur Probe 100 Gramm einer Sorte. — 400 Gramm als Musterpostsendung sind am billigsten. 8122



Viele tausende Nachbestellungen und Anerkennungen!

Es kosten versteuert in 100- oder 500-Gramm-Packung:

Grobschnitt p. Pfd.	35.— 48.— 53.— u. 60.— M.
Mittelschnitt p. Pfd.	50.— 55.— 62.— u. 66.— M.
Zigarettentabak Haarschnitt in 50- oder 100-Gramm-Packung, ... per Pfund	120.— u. 144.— M.

gegen Nachnahme, Packung frei. Von 6 Pfund an portofrei. Preisliste franko u. gratis. Preisänderung jederzeit vorbehalten.

Rauchtabak-Fabrik „Weltruf" Emil Köller,
Bruchsal 522, Baden.
Eingerichtet mit den modernsten Spezialmaschinen für Tabakfabrikation.

Gothaer Lebensversicherungsbank a. G.
Bisher abgeschlossene Versicherungen reichlich
3½ Milliarden Mark
Alle Ueberschüsse kommen unverkürzt den Versicherungsnehmern zugute.
Alters- und Hinterbliebenen-Versorgung Kinderaussteuer, Steuerversicherung.
Auskunft und Drucksachen durch den Vertr.: **H. Brune, Bochum,** Pieperstr. 39, Tel. 539.

Industrie-Café

Heute, den 14. Juli, abends 8—11½ Uhr

2. Operetten-Abend

Ausgeführt von dem nur aus ersten Kräften zusammengesetzten großen Industrie-Orchester unter Leitung des Kapellmeisters und Violinvirtuosen

Mario Iseglio

Eine billige Badereise

gibt es leider in diesem Jahre nicht. Wer ohne große Geldausgaben Erholung und Kräftigung finden will, der nehme einige Flaschen **Wörishofener Nährsalz-Kräuterblut.** Allein echt im

Wörishofener Kräuterhaus
Bochum, Viktoriastraße 3.

Vernickelung
sämtlicher Haushaltungsgegenstände, sowie Aufarbeiten von Kronleuchtern, Vielflammen u. Klavierleuchtern usw. übernimmt
K. Hüsecken, Ottostr. 44.

Bekanntmachung.

Am 16. Juli ds. Js. treten nachstehende Fahrpreise in Kraft:

Teilstrecken	A. Fahrscheine Fahrpreise	A. Fahrscheine Zuschlag von 10 Uhr abends ab	B. Zeitkarten	C. Schüler- u. Lehrlingskarten	D. Wochenkarten
1	4,— M.	1 Mk.	—,—	—,—	—,—
2	6,— „	„ „	350,— M.	—,—	55,— M.
3	8,— „	„ „	450,— „	100,— M.	75,— „
4	10,— „	„ „	550,— „	125,— „	95,— „
5	12,— „	„ „	650,— „	150,— „	115,— „
6	14,— „	„ „	700,— „	170,— „	130,— „
7	14,— „	„ „	750,— „	190,— „	140,— „
8	15,— „	„ „	—,—	200,— „	145,— „
9	15,— „	„ „	—,—	220,— „	150,— „
10	16,— „	„ „	—,—	—,—	155,— „
11	16,— „	„ „	—,—	—,—	160,— „
12	17,— „	„ „	—,—	—,—	165,— „
13	17,— „	„ „	—,—	—,—	170,— „
14—17	18,— „	„ „	—,—	—,—	175,— „

Von abends 10 Uhr ab wird für jede Fahrt ein Zusatzfahrschein von 1 Mk. verausgabt. An Sonn- und Feiertagen wird für jede einzelne Fahrt einschließlich Gepäckstücke ein Zuschlag in Höhe von 1 Mk. erhoben. Hierfür wird ein besonderer Zusatzfahrschein jedoch nicht ausgegeben.

Die übrigen Bestimmungen bleiben bestehen.

Gerthe, den 13. Juli 1922.

Westfälische Straßenbahn G. m. b. H.

Flaschen
kauft an und holt ab
Ludwig Bongardt,
Wiemelhauserstr. 41. Fernr. 2984

Habe noch einen großen Posten
Tapeten
zu günstig. Preisen abzugeben.
Leinöl
Ia. doppelt gekocht zu bill. Tagespreise
C. Bohlmann
Kortumstraße 4
Fernruf 826.

Nr. 162. Zweites Blatt. Bochumer Zeitung **Märkischer Sprecher** Rh.-Westf. Tageblatt Freitag. 14. Juli 1922

Bochumer Nachrichten.

(Nachdruck unserer Originalberichte ist ganz oder auch im Auszuge nur mit genauer Quellenangabe gestattet

Bochum, 14. Juli.

Wesentliche Verkehrsverbesserungen.

Auf den Betriebslinien der Bochum-Gelsenkirchener Straßenbahnen werden am Tage der durch die Aufsichtsbehörde genehmigten Tariferhöhung vom Sonnabend, den 15. Juli 1922 ab unter Vorbehalt jederzeitigen Widerrufs nachstehende wesentliche Verkehrs-Verbesserungen zur Einführung gelangen.

Im Betrieb Bochum wird für Fahrten nach oder von außerhalb, welche an den Zahlgrenzen der Innenstadtzone Wödestraße, Helenenstraße, Alsenstraße, Stadtpark beginnen bezw. endigen, die Benutzung unserer Wagen vom bezw. bis zum Mittelpunkt der Stadt (Rathaus, Bongardstraße) ohne besondere Zahlung freigegeben.

Auf der Hattinger Betriebslinie ist die Benutzung unserer Wagen für Fahrten nach oder von außerhalb, welche an der Zahlgrenze Yorkstraße beginnen bezw. endigen, vom bezw. bis Bochum Hauptbahnhof ohne besondere Zahlung gestattet.

Für Zeit-, Schüler- und Wochenkarten-Inhaber tritt diese Vergünstigung ebenfalls in Kraft. Die Pendelstrecke von Linden Bahnhofstraße bis Bahnhof Dahlhausen gilt künftig als eine Teilstrecke, im Umsteige-Verkehr in Richtung Bochum bezw. Hattingen und umgekehrt bleibt die Teilstreckeneinteilung wie bisher bestehen.

Werkwohnungen und Reichsmietengesetz.

Die Frage der Instandsetzungszuschläge.

ki. Wie wir erfahren, fand dieser Tage beim Verbandspräsidenten in Essen eine Besprechung mit Vertretern der Industrie, sowie der Städte, Landkreise und Gemeinden über die Anwendung des Reichsmietengesetzes auf die Werkwohnungen statt. Es wurde zunächst festgestellt, daß dies zweifellos unter das Gesetz fallen, da ein Mietverhältnis und kein Deputat oder dergl. vorliege. Nur die Oberste Landesbehörde (Regierung) wäre nach § 26 des Gesetzes berechtigt, bestimmte Arten von Mieträumen, also etwa Werkwohnungen, von den Bestimmungen des Gesetzes auszunehmen. Es wurde aber für durchaus wünschenswert bezeichnet, daß die Werkwohnungen dem Reichsmietengesetz unterliegen. Es wurde empfohlen, die Werkwohnungen eines Werkes, die in einem Gemeindebezirk liegen, als wirtschaftliche Einheit aufzufassen und für diese ein einheitliches Hauskonto anzulegen und eine einheitliche Mietervertretung zu schaffen, wie diese übrigens von unserer Großindustrie schon längst gehandhabt wird. Eine Trennung muß allerdings Platz greifen zwischen Arbeiter- und Beamtenwohnungen wegen der Verschiedenheit der Bauart, Größe, Ausstattung usw.

Eingehend gestaltete sich die Aussprache über die Zuschläge, besonders für Instandsetzungsarbeiten, wobei interessante Angaben gemacht wurden. Die Sätze für laufende Instandsetzungsarbeiten, die bisher für Duisburg (150 Prozent) und für Essen (100 Prozent) genehmigt worden sind, wurden als niedrig bezeichnet. (Der Unterschied zwischen den beiden Städten erklärt sich daraus, daß Essen mehrere Arten Instandsetzungskosten auf die Mieter umlegt, während sie in Duisburg durch den höheren Prozentsatz mitgedeckt werden.) Als die besten und völlig unparteiischen Unterlagen zur Beurteilung dieser Fragen gelten die Bilanzen der gemeinnützigen Siedlungsgesellschaften. Danach betrugen in der Vorkriegszeit die Kosten für laufende Instandsetzungsarbeiten 2½–3 Prozent, für große Instandsetzungsarbeiten 3–4 Prozent. Nimmt man auch nur eine 70fache Verteuerung an, so kommt man zu Sätzen von 175–210 Prozent bezw. 210–280 Prozent oder für laufende und große Instandsetzungsarbeiten zusammen von 385–490 Prozent. (Alle diese Sätze sind natürlich bezogen auf die sogen. Grundmiete der Vorkriegszeit.) Tatsächlich rechnen gemeinnützige Baugenossenschaften in Essen bis zu 350 Prozent, in Duisburg bis zu 500 Prozent. In Hamburg sind durch die Ausführungsbestimmungen 300 Prozent für Instandsetzungsarbeiten und 200 Prozent für Betriebskosten festgesetzt worden. Die Firma Krupp berechnete am 1. Juli 1921 eine fünffache Verteuerung der Instandhaltungsarbeiten gegenüber der Vorkriegszeit oder jährlich 320 Mk. für den Raum, am 1. Januar 1922 aber schon 700 Mark und jetzt schätzungsweise 1400 Mark. Vom Bergbauverein wurde mitgeteilt, daß seine Mitglieder im Jahre 1920 bei jeder Werkwohnung durchschnittlich 1200 Mark, im Jahre 1921 durchschnittlich 2000 Mark zugesetzt haben. Allerdings legt die Industrie selbst Wert darauf, daß ihre Angehörigen etwa 25 Prozent billiger als die übrige Bevölkerung wohnt. In dem jetzt noch ganz industrielosen Amte Wulfen wurde, wie der Amtmann mitteilte, berechnet, daß die jährlichen Instandsetzungskosten jetzt etwa 25 Prozent der Gestehungskosten des Hauses in der Vorkriegszeit ausmachen. Allgemein war man der Ansicht, daß die Duisburger und Essener Sätze nicht ausreichen werden.

---

* **Ehrung.** Dem Herrn Wilh. Kirsch jr., Ottostraße 2, wurde die „Deutsche Ehrendenkmünze des Weltkrieges" verliehen.

* **Neue Höchstpreise für rationiertes Brot** werden in einer Bekanntmachung in der vorliegenden Ausgabe für Stadt- und Landkreis Bochum bekanntgemacht.

△ **Spar- und Bauverein.** Wir werden um Aufnahme folgender Zeilen gebeten: Der Bericht über die Generalversammlung des Spar- und Bauvereins (Märk. Spr. Nr. 160) bedarf in ganz wesentlichen Punkten der Richtigstellung. Zunächst ist es eine dringende Notwendigkeit, daß in der Generalversammlung Angelegenheiten behandelt werden, die eigentlich nicht zu ihren Aufgaben gehören, wenn verantwortlichen Aufsichtsratsmitgliedern die Erörterung solcher Angelegenheiten im Aufsichtsrat unmöglich gemacht wird. Der aufmerksame Versammlungsbesucher wird gefunden haben, auf welcher Seite man „Sonderinteressen mit Gewalt durchzudrücken versuchte." Und dann der Hinweis auf politische Strömungen. Die Generalversammlung sollte diesmal geradezu dazu dienen, den Spar- und Bauverein zu einer Filiale der christlichen Bau-Produktivgenossenschaft zu machen. Nachdem schon seit einem Jahre ein sehr eifriger Vertreter dieser Genossenschaft im Aufsichtsrat saß, sollte die Generalversammlung noch den Geschäftsführer dieser Genossenschaft, Herrn Becker, in den Aufsichtsrat wählen. Das wurde aber durch einen ganz energischen Widerspruch der Versammlungsteilnehmer verhindert. Wie kann man überhaupt entgegen der Satzung einen Unternehmer oder — was in diesem Falle gleich ist — seinen Geschäftsführer in den Aufsichtsrat wählen wollen? Die Wahl des Herrn Becker ist also nicht erfolgt. Sie ist auch ganz unzulässig.

* **Abendkonzert im Stadtpark.** Es wird nochmals auf das zweite Abendkonzert heute abend 8 Uhr im Stadtpark hingewiesen, welches unter Leitung von Konzertmeister Hans Treichler Werke von Schubert, Goldmark, Mendelssohn, Grieg und Glinka bringt. Die Herren Voß, Schmidt, Panse und Becker werden außerdem die ersten zwei Sätze aus dem Konzertstück für 4 Waldhörner von Robert Schumann vortragen. (Siehe Anzeige.

⊙ **Marktbericht.** Auf dem Mittwoch-Wochenmarkt auf dem Wilhelmsplatz und auch gestern auf dem Alten Markt fehlte es nicht an Käufern; es fehlte auch nicht an Waren. Die Teuerung aber zwingt unerbittlich zur Einschränkung. Eier kosteten 7,50 Mk., Butter 85–92 Mk., Margarine 46 und 48 Mk., Rhabarber 1 Mk., Kopfsalat, Melle, Spinnat 4 Mk., Gurken 10–18 Mk., alte Kartoffeln 40 Mk. pro 10 Pfund, neue Kartoffeln 9 und 10 Mark pro Pfund, Kohlrabi 6, 8, 10 Mk. pro Stück, Blumenkohl 35 Mk., Mohrrübchen Bund 5–6 Mk., Zwiebeln 8–10 Mk., Kirschen 10–18 Mk., Stachelbeeren 15–17 Mk., Johannistrauben 17 Mk., Erbsen 10–12 Mk., grüne Bohnen 25–30 Mk., Dicke Bohnen 10 Mk., Kalb- und Hammelfleisch 56 Mk., Schweinefleisch 90 Mk. pro Pfund. Zum ersten Male waren auch Birnen auf der Bildfläche erschienen; sie kosteten 15 Mk. — Beim Einkauf der Waren auf dem Kaiser-Friedrichsplatz wurden einer Händlerin die nach Tausenden zählende Einkaufssumme gestohlen.

Q **Der Einbrecher und Hochstapler Ernst Deckers,** welcher zu Bochum, Gelsenkirchen und an anderen Orten des Industriebezirks schwere Einbruchsdiebstähle ausgeführt hat, stand am Donnerstag vor der Strafkammer. Er hatte sich wegen eines Schreibmaschinendiebstahls zu verantworten. Seine Vorstrafen kennzeichnen ihn als Betrüger und Einbrecher. Nachgewiesenermaßen hat Deckers drei der Firma Schulte u. Co. in der Augustastraße zu Bochum gestohlene Schreibmaschinen veräußert. Deckers bestritt, der Dieb zu sein. Er will sie von einem gewissen „Langen Heinrich", der in seiner ganzen weitschichtigen Straffache eine besondere Rolle spielt, erhalten haben, der jedoch nicht aufzufinden ist, in Wirklichkeit wohl auf dem Monde lebt. Nach den Mitteilungen des Untersuchungsrichters schwebt gegen Deckers das Untersuchungsverfahren wegen 6–7 schwerer Einbruchsdiebstähle. Das Belastungsmaterial gegen Deckers ist geradezu erdrückend. U. a. ist ihm bereits der große Seidendiebstahl zum Nachteil der Firma Wolfsdorf in Bochum im Gesamtwerte von 260 000 Mark, der Uhren- und Goldwaren-Diebstahl zum Nachteil der Firma Koch im Werte von weit über 300 000 Mark nachgewiesen, desgleichen Treibriemen- und Schreibmaschinendiebstähle und ein großer Lederwarendiebstahl in Gelsenkirchen. Sein Mittäter war sein Bruder Arnold mit Vornamen, der auch in Haft sitzt. Das verbrecherische Brüderpaar verfügte über eine weitverzweigte Hehlergesellschaft. Obwohl die Ermittelungen kaum begonnen haben, umfassen die Akten schon zwei Bände. In einem abgefangenen Briefe an seine Frau schätzt sich Ernst Deckers schon mit zwei

Die Wohnungsbauabgabe-Zuschläge im Ruhrkohlenbezirk.

ki. Vor einiger Zeit hatten die Oberbürgermeister, Bürgermeister und Landräte des Ruhrkohlenbezirks in einer Beratung beim Verbandspräsidenten in Essen bekanntlich beschlossen, einheitlich 75 Prozent gemeindliche Zuschläge zur staatlichen Wohnungsbauabgabe, also das Dreifache der staatlichen Sätze, zu erheben, und den Minister zu bitten, die Genehmigung bis zu dieser Höhe dem Verbandspräsidenten zu übertragen. Wie wir hören, ist nunmehr ein Erlaß des Volkswohlfahrtsministers ergangen, der allgemein die Genehmigung bis zum Dreifachen der staatlichen Sätze den Regierungspräsidenten, im Ruhrkohlenbezirk dem Verbandspräsidenten im Benehmen mit dem zuständigen Regierungspräsidenten überträgt.

Inzwischen ist aber die außerordentliche Steigerung der Baukosten eingetreten, die die Finanzierung der ursprünglichen Bauvorhaben dieses Jahres vollständig über den Haufen geworfen hat. Die Stadtverwaltungen des Industriegebiets sind jedoch entschlossen, ihre Bauprogramme, die der Wohnungsnot ohnehin noch nicht abhelfen, soweit wie irgend möglich durchzuhalten. Dies führte zu dem späteren Beschluß der Oberbürgermeister, 300 Prozent Zuschläge zur Wohnungsbauabgabe zu erheben; das wäre das Zwölffache der staatlichen Sätze.

Eine interessante Zusammenstellung hat aus diesem Anlaß die Stadt Hamborn zum Vergleich der Steigerung von Einkommen und Miete gemacht, indem sie, vom Stand im Juni 1919 (= 100) ausgehend, die Entwicklung des Lohnes eines verheirateten Handwerkers mit 2 Kindern und des Mietpreises für 3 Zimmer mit Küche einschl. und ohne Wohnungsbauabgabe gegenüberstellt. Wir geben daraus die folgenden, besonders charakteristisch erscheinenden Zahlen wieder:

Zeitpunkt		Lohn	Miete einschl. Wohnungsbauabgabe	Miete ohne Wohnungsbauabgabe
Juni	1919	100	100	100
Nov.	1920	269	100	100
Nov.	1921 *)	332	125	115
Dez.	1921	520	125	115
Juni	1922	988	340	262

*) Inkrafttreten der Wohnungsbauabgabe.

Die Zusammenstellung zeigt, wie außerordentlich die Mietpreise trotz ihrer verschiedenen Steigerungen immer noch hinter der Lohnentwicklung zurückgeblieben sind, und daß sehr wohl noch Spielraum für eine erhebliche Steigerung der Wohnungsbauabgabe vorhanden ist, auch wenn man die künftigen Mieterhöhungen infolge des Reichsmietengesetzes in Betracht zieht.

Es fragt sich, wie sich der Volkswohlfahrtsminister zu Anträgen auf Genehmigung des Zwölffachen stellen wird. Bisher hatte er noch keine Veranlassung zu einer Entscheidung hierüber, wohl aber kann man aus seinen Ausführungen in dem oben erwähnten Erlaß Schlüsse ziehen. Die Regierungspräsidenten und der Verbandspräsident werden darin nämlich ausdrücklich angewiesen, das Dreifache nicht schematisch und auf allgemeine Redewendungen über große Bauvorhaben und hohe Baukosten hin zu genehmigen, sondern genau zu prüfen, ob die Unterlagen über die geplanten Bauaufwendungen und über die steuerliche Belastung der Bevölkerung ausreichen. Man sieht also, daß der Minister hier schon die Genehmigungsbremse etwas angezogen wissen will, da ist denn kaum anzunehmen, daß er für das Zwölffache überhaupt zu haben sein wird. Nicht nur kommen seine sozialen Bedenken wegen der sprunghaften Steigerung der steuerlichen Belastung in Betracht, sondern auch die Finanzminister des Reiches und Preußens, die die staatliche Grundsteuer zu ihren Reserven rechnen, müssen eine Beeinträchtigung dieser Steuerquelle befürchten und dürften bereits dementsprechend auf den Wohlfahrtsminister eingewirkt haben. Es wird deshalb besonderer, nachdrücklicher Vorstellungen der Städte bei den Berliner Stellen bedürfen, wenn sie mehr als 75 Prozent genehmigt haben wollen. Ob an die Genehmigung von 300 Prozent auch nur annähernd zu denken ist, erscheint vor der Hand sehr zweifelhaft — trübe Aussichten für unseren Wohnungsbau!

Veranstaltungen der Deutschen Volkspartei.

Freitag, den 14. Juli 1922.

Jugendgruppe Laer, abends 8 Uhr bei Schulte, Wittenerstraße 13, wöchentliche Zusammenkunft.

Jugendgruppe Querenburg, abends 8 Uhr, bei Schneider, wöchentliche Zusammenkunft.

Samstag, den 15. Juli 1922.

Arbeitsgemeinschaft Bochum Nord, zweite gemeinsame Zusammenkunft der Jugendgruppe 1. Stadtbezirk, Hamme 1, Hamme 3, Hofstede, Marmelshagen, Grumme, abends 8 Uhr, bei Kepper Hofstede. Redner: Dr. Spethmann.

Jugendgruppe Weitmar, abends 7½ Uhr, bei Ullrich Sommerfest. Redner: Herr Kaiser.

Sonntag, den 16. Juli 1922.

Bezirksverein Hamme 1, 5 Uhr bei Bickern, Monatsversammlung. Redner: Herr Droste.

Blitzende Sauberkeit in der Küche ist der Ehrgeiz jeder Hausfrau; besonders zum Sonntag soll alles in reinem Gewande prangen.

Um allen Geräten aus Glas, Porzellan, Marmor, Emaille, Stein, Holz, frisches, sauberes Aussehen zu geben, ist Henkel's Scheuerpulver Ata unentbehrlich. Ata ist hervorragend geeignet auch zum Putzen der Bestecke und ist ein vorzügliches, schnellwirkendes Scheuermittel für Haushalt, Werkstatt, Fabrik und Wirtschaftsbetriebe.

Die blaue Spur.

Detektivroman von Julius Regis.

Aus dem Schwedischen übersetzt von E. v. Kraatz.

Copyright 1917 by Grethlein & Co., G. m. b. H., Leipzig.

52) (Nachdruck verboten.)

Frau Robeira blieb noch einen Augenblick stehen. Sie blickte auf den Journalisten herab, und ihre dunkeln Augen leuchteten unter ihren Wimpern.

„Ich wollte, wir hätten in Freundschaft scheiden können", sagte sie. „Sie nennen mich vielleicht eine Verbrecherin, aber bedenken Sie, daß ich für das kämpfe, was ich als Recht ansehe, — und daß ich Ihnen das Leben gerettet habe. Leben Sie wohl, Maurice Wallion!"

Sie glitt hinaus, und er war allein.

Einen Augenblick später hörte er das leise Geräusch eines abfahrenden Autos. Dann herrschte tiefe Stille um ihn her. Er lag eine Zeitlang regungslos am Boden, aber es ereignete sich nichts.

Sein Gesicht war zur Hälfte von dem rotseidenen Tuch verdeckt, aber seine Augen irrten suchend umher. Schließlich blieben sie am Fenster hängen.

„In einer halben Stunde muß ich mich befreit haben", sagte er sich, und immer wieder irrten seine Blicke durchs Zimmer.

Jedesmal machten sie am Fenster Halt.

Plötzlich wälzte er sich auf die Seite, rollte herum und wand sich solange, bis er in der Richtung nach dem Fenster lag. Noch einmal wälzte er sich rundum, und nun lag er dicht unterm Fenster. Er maß mit den Augen; das Fenster saß etwa achtzig Zentimeter über dem Boden.

Erst versuchte er, das Bein zu heben, aber der Strick machte es unmöglich. Er atmete auf und dachte nach. Dann begann er nochmals, sich keuchend vor Mühe zu drehen und zu winden. Nach zehn Minuten war es ihm gelungen, die zusammengeschnürten Beine im rechten Winkel zum Körper zu biegen und gegen das Fensterbrett zu stemmen. Mit Hilfe der Ellbogen reckte er den Körper mit unsäglicher Mühe an der Wand empor, bis er endlich fühlte, daß er die Scheiben mit den Füßen erreichen konnte. Ein kräftiger Stoß mit den Stiefelabsätzen, ein Klingen von zerbrechendem Glas, ein Gerassel von Scherben, ein Hauch von frischer Luft. Ohne seine unbequeme Lage zu ändern, ließ er die Füße in den Scherben wühlen, die auf dem Fensterbrett klirrten und knirschten. Endlich geschah das, was er wollte. Zwei oder drei große Scherben fielen zu Boden. Da ließ er den Körper wieder sinken und streckte sich keuchend aus.

Kurz darauf hielt er eine der Glasscherben in den gebundenen Händen. Seine langen Finger arbeiteten fieberhaft. Immer wieder ließ er den Strick über die scharfe Kante der gegen den Boden gestemmte Glasscherbe gleiten. Die Handwurzeln begannen zu bluten, aber daran kehrte er sich nicht, denn er fühlte, daß die Fasern des Strickes nachgaben . . .

Die Glasscherbe fiel um. Seine vor Eifer bebenden Finger richteten sie wieder auf. Der Strick rieb sich am Glas und spannte sich. Seine Handwurzeln gingen entzwei, aber er fühlte seine Bande nachgeben.

Noch einer Weile stand er in Schweiß gebadet und mit immer noch zitternden Muskeln, aber frei mitten im Zimmer. Seine erste Bewegung galt der Hüfttasche.

Man hatte ihm nicht einmal den Revolver abgenommen, so sicher war man gewesen, daß die Stricke halten würden.

Ohne sich zu besinnen, stürzte Wallion die finstern Treppen hinab und riß die wacklige Haustür auf. Im Nu flog er einem breitschultrigen Konstabler in die Arme, der sich das verlassene Haus gerade mit nachdenklicher Miene ansah.

„Na, na, nicht so schnell!" sagte der Polizist und packte ihn am Kragen. „Was ist hier für'n Spektakel? Warum schlägt man die Fenster ein?"

„Sie kommen ja wie gerufen!" erwiderte Wallion. Gehen Sie rasch hinein, Konstabler, da oben haben sie jemand überfallen. Wo wohnt der nächste Arzt?"

Der Beamte zog seine Handschuhe aus und sagte in geschäftsmäßigem Ton: „Nächste Seitenstraße rechts. Machen Sie rasch, daß Sie wiederkommen!"

„So rasch ist kann", rief Wallion und flog wie ein Pfeil von dannen, während der Polizist hineinging.

Er rannte um zwei Straßenecken herum, begegnete einem leeren Auto und sprang hinein, indem er dem Chauffeur zuschrie:

„Skeghsholm, aber rasch!"

Unterwegs ließ er vor einem Telephonkiosk halten, klingelte den „Dagscurir" an und ließ Behler rufen.

„Ich muß gleich nach Oedeö", erklärte er hastig. „Die Robeiraliga ist schon unterwegs. Sorge dafür, daß die Polizei unverzüglich Leute hinschickt. Ja, ich nehme die Elektra. Du mußt auf eigene Hand anfangen, einen Bericht über die Ereignisse der letzten Zeit abzufassen. Dir fällt vor allem die Schilderung eurer Nachforschungen in den Schären zu. Sieh streng darauf, daß wir genug Spaltenraum bekommen. Ich werde rechtzeitig da sein, verlaß dich auf mich!"

Am Skeghsholmkai lag die Elektra zur Abfahrt bereit. Er sprang hinein und setzte den Motor in Gang.

47.

Es war gegen vier, als Oedeö in Sicht kam und Wallion das Boot mit verminderter Fahrt an einem niedrigen, bewaldeten, gänzlich unbelebten Strand entlang steuerte.

Er sah sich forschend nach dem Robeiraschen Boot um, erblickte es jedoch nirgends.

„Ich bin ihnen entgangen", dachte er ganz erleichtert, „aber Zeit habe ich nicht zu verlieren!"

Er vertäute die Elektra an einem Landungssteg, neben dem Stapel von harzig duftendem Brennholz lagen. Der Himmel hatte sich bezogen, eine graue Dämmerung zog von Osten heran und dämpfte die Farben der Landschaft; nur im Westen leuchtete es noch goldig und rot.

Ein Fahrweg führte gerade in den Wald hinein, und er folgte ihm. Bald senkte sich der Weg zu einer schilfumwachsenen Bucht hinab, und dicht an ihrem Rande spiegelte sich ein Hof im Wasser.

Von einem Bootsteg mit grünem Geländer lief ein Sandweg zwischen Obstbäumen und Gartenland direkt auf ein altes, dunkles zweistöckiges Holzhaus zu, neben dessen weinumrankter Veranda ein ungeheurer Ahorn über das Ziegeldach hinausragte. Dahinter leuchtete zur Linken eine Reihe roter Viehställe, während sich zur Rechten bis in den Wald hinein Aecker ausbreiteten. Ein blauer Rauchstreifen stieg aus dem Schornstein des alten Hauses empor, ohne von dem geringsten Windhauch bewegt zu werden. Ein lebendes Wesen war jedoch nirgends zu sehen.

Der Journalist beschleunigte seinen Schritt. Ueber einen Brennholzhaufen hinweg erreichte er schließlich eine Pforte, die sich knarrend öffnete. Sofort ertönte heftiges Hundegebell, und ein Hühnerhund raste von der Veranda herab auf die Haselbüsche zu.

Gleichzeitig trat ein großer Mann mittleren Alters, von sehnigem, sonnverbranntem Ansiedlertyp aus der Veranda heraus und betrachtete den Ankömmling mit gelassenen blauen Augen.

„Mein Name ist Wallion", sagte der Berichterstatter höflich grüßend. „Ist es Herr Nikelson, mit dem ich spreche?"

Der Mann lockte den neugierig um den Fremden herumschwänzelnden Hund an sich.

„Ja", erwiderte er einsilbig.

„Ich suche einen Bekannten, der hier etwa am 25. Mai angekommen ist", fuhr Wallion fort. „Am Abend des 12. Juni holte er im Motorboot noch eine Person ab, und ich höre, daß beide sich hier aufhalten. Ich muß sie notwendig sofort sprechen."

Nikelson steckte die Hände in die Tasche und musterte Wallion mit gleichgültiger Miene.

„Ein Bekannter?"

„Ja, ein Herr Heckel und ein gewisser John Andersson."

„Von beiden ist keiner hier anzutreffen."

Die Antwort erfolgte rasch und bestimmt. Wallion versuchte dem Blick des Schwedisch-Australiers zu begegnen, aber dieser glitt bedächtig und mit kaltem, verschlossenem Ausdruck über die umliegenden Felder hin.

„Sie sagen also, daß sich keiner von den beiden, die ich suche, hier auf dem Hof befindet?"

„Ich sage, daß sie hier nicht anzutreffen sind", wiederholte Nikelson eigensinnig, aber nicht unhöflich.

Maurice Wallion warf einen Blick zu den Fenstern hinauf. An einem der Giebelfenster im ersten Stock bewegte sich etwas hinter den Gardinen, als ob jemand dagegen gedrückt hätte.

„Ich habe mich nicht deutlich genug ausgedrückt, Herr Nikelson; ich muß diese beiden Herren sprechen, und zwar unverzüglich!"

Bei dem Wörtchen muß runzelte der Ansiedler die Stirn und sah den andern mit einem langen Blick an, ohne indessen ein Wort zu sagen.

(Fortsetzung folgt.)

Jahren Zuchthaus ein. Die Strafkammer beschloß, die vorliegende Strafsache mit den übrigen zu verbinden, weshalb Vertagung eintrat.

ha. **Keine Meldung beim Arbeitsnachweis mehr.** Die Meldung von offenen Arbeitsstellen beim Arbeitsnachweis ist nicht die Pflicht des Arbeitgebers. Dies stellt ein Bescheid des Reichsarbeitsministers an den Arbeitgeberverband der Textilindustrie Ostsachsens in Zittau fest. Seit dem 1. April 1922 gelten nur noch die Demobilmachungsvorschriften, die das Gesetz vom 30. März 1922 ausdrücklich bestimmt. Dazu gehören aber nicht mehr die Meldevorschriften der Demobilmachungskommissare. Verschiedene Demobilmachungsbehörden hatten Meldevorschriften erlassen, die die Arbeitgeber über die Grenzen der Verordnung vom 17. Februar 1919 verpflichteten. Es war fraglich geblieben, ob diese Vorschriften noch gelten würden. Dies ist nach dem genannten Bescheid nicht der Fall.

Diebstähle und Schwindeleien. Aus dem Polizeibericht: Einem am Moltkeplatz wohnenden Gastwirt wurde eine wertvolle 2 Jahre alte Dogge auf den Namen „Cäsar" hörend, gestohlen; ferner aus einem an der Rottstraße gelegenen Weinhause silberne Bestecke und Küchengeräte. Das ungetreue Dienstmädchen ist ermittelt worden. — Weiter wurde von einer Bleiche in der Ringstraße ausgelegte Wäsche im Werte von etwa 3000 Mk. entwendet; einem durchreisenden Schreiner auf der Herberge zur Heimat der Rucksack mit Kleidern und Wäsche. Aus einer verschlossenen, in der Nähe der Zeche Prinz-Regent gelegenen, Baubude sind die für kurze Zeit verwahrten Löhnungsgelder im Betrage von 45 000 Mk. auf bisher unaufgeklärte Weise verschwunden. Die sofort vorgenommenen Durchsuchungen und Festnahmen haben bisher noch kein Licht in die Sache gebracht. Ferner wurde am 12. 7. nachm. von der Dorstenerstraße einem Schreiner eine zweirädrige Möbel-Handkarre entwendet. — Einem Betrüger in die Hände gefallen sind 2 Arbeiter, die gutgläubig ihre Ausweispapiere, 300 Mark Bargeld und ein Fahrrad ausgehändigt haben, nachdem ihnen Arbeit in Aussicht gestellt worden war. Sie haben bisher vergeblich auf die Rückkehr des Schwindlers gewartet. Durch Einbruch wurden gestohlen: aus einem Gasthaus in Wiemelhausen Lebensmittel; aus dem Keller eines Geschäftsmannes in der Oberen Marktstraße 350 St. Rollen Kautabak und einige Flaschen Wein. Ferner sind gestohlen worden: vor der städtischen Sparkasse ein Fahrrad; einem hier zu Besuch weilenden Amerikaner auf der Humboldtstraße 22 000 Mark in bar.

Kommunistische Versammlungs-„Erfolge"! Die Polizei berichtet: Festgenommen wurden 2 jugendliche und schon erheblich vorbestrafte Burschen, die nicht arbeiten und doch gut leben. Sie waren nach dem Besuch einer kommunistischen Versammlung gewaltsam in ein Haus im Ehrenfeld eingebrochen, hatten dort alle Türen und Behältnisse erbrochen, wie die Vandalen gehaust und alles, was ihnen wertvoll erschien, mitgehen heißen. Sie haben erklärt, daß sie durch die Besuche der kommunistischen Versammlungen verwirrt worden sind, in denen immer gesagt würde, daß „alles kaput gemacht" und „den Dickbälgen das Geld abgenommen" werden müsse. Obwohl sie anfangs hartnäckig leugneten, konnten sie durch Fußabdrücke überführt und endlich zum Geständnis gebracht werden.

Beschlagnahmt wurde, wie die Polizei berichtet, gelegentlich einer Durchsuchung in einem Hause in der Trankgasse Telephon-Gerät, das aus Heeresbeständen stammt.

Aus den Provinzen.

TBO. **Bner**, 12. Juli. Millionenetat. Der neue städtische Haushaltsplan schließt mit rund 120 Millionen Mk. ab (gegen 60 Millionen Mark im Vorjahre). Eine sehr erhebliche Erhöhung der Gewerbesteuer, namentlich der Kopfsteuer, wird notwendig sein.

TBO. **Dortmund**, 12. Juli. Käuferstreik der Metzger. Auf dem jüngsten Schlachtviehmarkt traten die Metzger in den Käuferstreik, weil die Viehhändler und -Kommissionäre wieder höhere Preise forderten. In einer im Börsensaal stattgehabten Versammlung betonten die Metzger, daß das Publikum eine weitere Erhöhung der Fleischpreise nicht mehr ertragen könne. Es wurde aber auch anerkannt, daß die Viehhändler keine Schuld an den Preissteigerungen tragen. Man einigte sich schließlich, Vieh zu kaufen und das Fleisch so billig wie möglich abzugeben. Die Organisation der Viehhändler und der Metzger soll ersucht werden, in Beratungen darüber einzutreten, wie eine Preissenkung herbeigeführt werden kann.

tbo. **Herdecke**, 13. Juli. Geschützaranaten in der Ruhr. Unweit der hiesigen Badeanstalt wurden etwa vierzig 7,5 Zentimeter-Geschützgranaten aus der Ruhr gehoben. Man vermutet, daß dort eine größere Anzahl Waffen und Munition — wohl in der Zeit des Kapp-Putsches — versenkt worden ist.

nbl. **Lüdinghausen**, 13. Juli. Geheimnisvolles Verbrechen? Auf bisher noch ungeklärte Weise ist der Kötter Fritz Vogel in Wethmar ums Leben gekommen. Er begab sich abends 10 Uhr gesund zu Bett, stand am andern Morgen nicht auf, und wurde von seiner Ehefrau, als diese, nichts Gutes ahnend, nachmittags ihren Mann wecken wollte, tot im Bett gefunden. Der auf Veranlassung der Polizei sofort hinzugezogene Arzt fand, wie der „Lüdingh. Ztg." geschrieben wird, in der Haut des Halses einige dünne Fäden vor, die vermutlich von einem Hanfstrick herrühren. Weiteres konnte über die Todesursache nicht festgestellt werden.

nbl. **Münster**, 13. Juli. Zuchthausstrafen für Kirchenräuber. Die Strafkammer Münster verurteilte wegen Kirchenraubes den Hilfsarbeiter Theodor Spiegelhoff zu zwei Jahren Zuchthaus, den Arbeiter Josef Deiting zu vier Jahren Zuchthaus und den Bauhilfsarbeiter Johann Lübbers zu fünf Jahren Zuchthaus. Bei allen dreien wurde außerdem auf fünf Jahre Ehrverlust und auf Stellung unter Polizeiaufsicht erkannt. Die drei sind je 23 Jahre alt und stammen sämtlich aus Bocholt. Sie waren am 14. Februar d. Js. in die Kapelle in Rhedebrügge eingebrochen, hatten das Tabernakel erbrochen und eine Monstranz und einen Kelch geraubt. Lübbers brachte die gestohlenen Sachen zu einem Bruder des Spiegelhoff am folgenden Tage nach Duisburg-Meiderich, der für das saubere Kleeblatt schon öfters Hehlerdienste verrichtet hatte und bei dem auch bei einer Haussuchung die Sachen wieder vorgefunden wurden.

nbl. **Mülheim** (Ruhr), 12. Juli. Ein teurer Salatkopf. Eine Gemüsehändlerin bot am 6. Mai auf dem Wochenmarkte einen Kopf Salat für 18 Mk. an, obwohl er ihr nur 8 Mk. gekostet hatte. Die wucherische Gemüsefrau hatte sich jetzt vor dem Schöffengericht in Mülheim zu verantworten, das sie zu einer Geldstrafe von 1500 Mark verurteilte. Der Anklagevertreter hatte sogar zwei Wochen Gefängnis und 3000 Mark Geldstrafe beantragt.

tbo. **Duisburg**, 13. Juli. Blutige Familientragödie. Im Stadtteil Meiderich hat der Arbeiter Hottinger seine Ehefrau, mit der er seit langem in Unfrieden lebte, und seine Tochter mit einem langen Messer so schwer verletzt, daß beide unmittelbar darauf tot zusammengebrochen sind. Der Mörder wurde verhaftet.

tbo. **Neuß**, 13. Juli. Tod einer Hundertjährigen. Die älteste Einwohnerin der Stadt Neuß, die Witwe Kemmerling, ist drei Wochen nach ihrem hundertjährigen Geburtstage gestorben.

Kunst und Wissen.

Zum Streit um das Folkwang-Museum

schreibt das „Westf. Tagebl." in Hagen:

„Eine Entschließung der allein zuständigen städtischen Organe über Fortführung oder Einstellung des Rechtsstreites um das Museum ist bisher weder gefaßt noch angefordert worden. Der Wortlaut der Entscheidung des Oberlandesgerichts Hamm über die einstweilige Verfügung des Landgerichts Hagen wird den Stadtverordneten dieser Tage zugehen. Erst dann wird die Frage entschieden werden, ob die Stadt den Prozeß fortführen will. Bis dahin ist die Folkwang-Angelegenheit nach wie vor in der Schwebe."

Amtlicher Wetterbericht.

Der Luftdruck ist zwar über dem Festland fast allgemein, doch besteht die von Frankreich nach Nordosteuropa sich erstreckende Hochdruckbrücke fort; in ihr bilden sich indessen kleine Teiltiefs aus, die den Weg für das ostwärts gerichtete Fortschreiten ozeanischer Randtiefs frei machen. Die Witterung wird daher wieder veränderlich. — Aussichten für Freitag: Vielfach wolkig, strichweise Gewitterregen, mäßig warm bei schwacher Luftbewegung.

Handel / Industrie / Verkehr

1 Dollar = 460 Mark.

Rhein.-westf. Devisenmarkt.

p. Nach der seit einigen Tagen eingesetzten Abschwächung der Devisenkurse waren die gestrigen Abendkurse wieder fest. Bei reger Nachfrage und wenig Geschäft wurden nur Geldkurse genannt. Gegen 6 Uhr nannte man: **Holland 18 000, Belgien 3550, Frankreich 3750, Newyork 460, London 2550, Schweiz 8600.**

Amtliche Devisenkurse. (Berlin)

Für drahtliche Auszahlungen		12. Juli Geld	12. Juli Brief	13. Juli Geld	13. Juli Brief	Höchst. bish. G.
Holland	100 G.	17178.	17221.	16529.3	16570.7	13383.5
Belgien	100 Fr.	3488.10	3496.90	3425.70	3434.30	2837.15
Norwegen	100 Kr.	7390.75	7409.25	7016.20	7033.80	6018.95
Dänemark	100 Kr.	9563.—	9587.—	9313.30	9336.70	7515.55
Schweden	100 Kr.	11485.6	11514.4	11186.0	11214.0	8988.75
Italien	100 Lir	2027.45	2032.55	1925.—	1990.—	1720.75
England	1 St.	1977.50	1982.50	1935.05	1939.95	1545.55
Amerika	1 D.	446.94	448.06	439.45	440.55	350.06
Frankreich	100 Fr.	3640.40	3649.60	3615.45	3624.55	3041.95
Schweiz	100 Fr.	8589.25	8610.75	8439.40	3460.60	6661.65
Spanien	100 Pes.	6921.30	6938.70	6826.45	6843.55	5463.15
Dtsch.-Oest.	100 Kr.	1.88	1.92	155.50	159.50	—.—
Tsch.-Slow.	100 Kr.	1023.70	1026.30	868.90	971.10	667.15
Ungarn	100 Kr.	34.95	35.05	33.95	34.05	—.—

Berliner Börsenkurse.

vom 13. Juli 1922.

	12. 7.	13. 7.		12. 7.	13. 7.
Bankaktien			Eintr. Braunk.	1593.	1500.
Barmer Bankv	224.—	220.—	Elberf. Farben	735.—	708.—
Com.u.Privatb.	288.—	287.—	Eschw. Berg	660.	895.—
Darmst. Bank	289.—	288.—	Essener Steink.	1280.	1290.
Deutsche Bank	500.—	494.—	Flensb.Schiffsb	—.—	815.—
Disconto-Ges.	397.—	396.—	Gasmot. Deutz	755.—	765.—
Dresdner Bank	301.—	298.—	Gels. Bergw.	1180.	1141.
Ess.Cred.Anst.	246.50	246.50	Gels Gußstahl	800.—	820.—
Reichsbank	213.—	210.—	Glas Schalke	3950.	4075.
Brauereiaktien			Goldschmidt	835.—	840.—
Boch. Viktoria	—.—	—.—	Harp. Bergw.	2160.	2060.
Dortm. Aktien	825.—	745.—	Hasp. Eis. u. St.	—.—	—.—
Dortm. Union	330.—	775.—	Heckmann C.	2890.	2800.
MüserLangend	670.—	685.—	Hirsch Kupfer	765.—	775.—
Schleg.Scharp.	—.—	625.—	Hohenlohe	751.—	743.—
Schiffahrtsaktien			Howaldswerke	630.—	615.—
Hamb.Am.Pak.	450.—	444.—	Höchst Farben	700.—	695.—
Norddt. Lloyd	325.—	311.—	Hösch Stahlw.	1206.	1230.
Industrieaktien			Humb. Masch.	570.—	590.—
Adlerwerke	461.—	460.50	Ilse Bergbau	1312.	1315.
Akkumul. Hag.	1100.	1095.	Kali Aschersl.	1070.	1080.
Allg.Elekt.Ges.	790.—	760.—	Köln Neuessen	1250.	1300.
Anglo Guano	1610.	1603.	Königsborn	1800.	1750.
Annener Guss	780.—	775.—	Küppersbusch	1700.	1690.
Arenberg	—.—	—.—	Lahmeyer&Co.	402.—	401.—
Bad. Anilin	840.—	805.—	Laurahütte	2050.	2105.
Balcke Masch.	860.—	810.—	Magd. Bergw.	1450.	1910.
Baroper Walz.	1030.	1030.	Mannesmann	1075.	1050.
Bergm. Elektr.	570.—	570.—	Mark Zement	—.—	—.—
Bismarckhütte	—.—	—.—	Masch. A.-Nb	930.—	900.—
Boch. Gels. Str.	—.—	—.—	Masch. Baum	1190.	1275.
Boch. Gußstahl	1240.	1180.	Mülh. Bergw.	1700.	1650.
Braunk. u. Brik.	1030.	1020.	Nation. Autom	460.	440.—
Buderus Eisen	679.—	650.25	Oberschl. Bed.	934.—	901.—
Busch Lüdensch	1240.	1240.	Orenst. Koppel	1083.	1030.
Caro	652.—	648.—	Phönix Bergw.	1230.	1201.
Chem. Griesh.	830.—	820.—	ReisholzPapier	500.—	520.—
Chem. Weiler	650.—	651.—	Rh.Braunkohle	1665.	1619.
Chem.Ind. Gels.	—.—	2700.	Rh.Stahlwerke	1035.	1051.
ConcordiaBerg	1900.	1751.	Riebeck Mont.	1665.	1640.
Cons. Schalke	—.—	—.—	Romb. Hütte	558.—	550.—
Daimler Mot.	425.—	430.—	Rütgerswerke	700.—	675.—
D.-Lux. Bergw	1100.	1080.	Sarottis Schok	1060.	1060.
Deutsche Erdöl	2625.	2550.	Siemens Halske	1040.	1050.
Deutsche Kali	1900.	1939.	Schuckert Co.	705.—	684.—
Deutsch. Masch	690.—	705.—	Schwelm. Eisen	2900.	2900.
D. Schachtbau	2410.	2425.	Thale Eisen	—.—	—.—
Deutsch. Walf.	1475.	1450.	Westfalia Eis.	1050.	1650.
DittmannNeuh.	5450.	5600.	Westf. Drahtw	550.—	550.—
Dürkopp	650.—	610.—	Eis. u. Draht	600.—	600.—
Dynamit Nobel	710.—	691.—	Wicking Zem.	1040.	1030.
			Witt. Gusstahl	—.—	—.—
			Zellst. Waldhof	725.—	750.—

Berliner Wertpapierbörse vom 13. Juli. Die Unsicherheit über den endgültigen Ausgang der Pariser Verhandlungen hinsichtlich des deutschen Stundungsbegehrens kommt in starken Schwankungen am Devisenmarkt zum Ausdruck. Der Dollar setzte mit 405 ein, erhöhte sich bis 430 und schwankte dann zwischen 410 und 425. Daher sind die Umsätze am Devisenmarkt bedeutend kleiner geworden. Auch am Effektenmarkt herrschte eine gewisse Unsicherheit vor, die wiederum in der uneinheitlichen Kursbildung zum Ausdruck kam. Es überwogen Rückgänge von 20—30 Prozent, trotzdem eine gewisse Widerstandskraft unverkennbar war und vereinzelt auch Kurserhöhungen um 40—50, bei Deutschem Kali annähernd 100 Prozent zu verzeichnen waren. Für die gute Haltung der Montanwerte wirkte die Hoffnung, daß die bei den Verhandlungen mit den Bergarbeitern des Ruhrgebiets erzielte Verständigung von den Arbeitern angenommen werden wird. Die Umsätze nahmen auf keinem Gebiet einen größeren Umfang an. Veränderungen von Belang traten weiterhin nicht ein. Die Spekulation hat in verstärktem Maße sich auf die Auslandsrenten geworfen, von denen bei großen Umsätzen ungarische unter Bevorzugung von Gold- und Kronenrenten erheblich stiegen. Türkische Papiere holten bei zunehmender Belebung des Geschäfts anfängliche Kursverluste wieder ein. 3prozentige Reichsanleihe verlor weitere 10 Prozent. Auch auf dem Markt der zu Einheitskursen gehandelten Industriepapiere ist bei nachlassenden Umsätzen mit uneinheitlicher, anscheinend überwiegend schwächeren Kursbildung zu rechnen. Der Schluß der Börse war fest.

* **Die neue Kalipreiserhöhung**, über deren Ausmaß noch Verhandlungen mit dem Reichswirtschaftsministerium schweben, soll am 1. August in Kraft treten. Der Reichskalirat wird am 1. nächsten Monats über die Erhöhung beschließen.

* **Gewerkschaft Oskarssegen, Braunkohlenbergwerk in Hannover.** Der Grubenvorstand bringt nunmehr in Ausführung des Beschlusses der ordentlichen Gewerkenversammlung vom 21. Juni 1922 von der in Höhe von 1500 Mark je Kux bewilligten Zubuße die erste Rate mit 1000 Mark je Kux zum 20. Juli 1922 zur Einziehung.

Commerz- u. Privat-Bank Akt.-Gesellsch.

Filiale Bochum, Wilhelmsplatz 10.

Telefon Nr. 3572—3575. Telegr.-Adr. Hanseatic.

Wir sind unter Vorbehalt für

Kohlenwerte

Name	Käufer	Verk.	Name	Käufer	Verk.
Adler-Aktien	440	480	Graf Schwerin	360000	400000
Admiral	80000	—.—	Heinrich	125000	150000
Alte Haase	52000	56000	Helene & Amal.	—	—
Blankenburg	240	275	Joh. Deimelsb.	145000	160000
Carl Friedrich	210	230	König Ludwig	—	1 200 000
Caroline	70000	80000	Langenbrahm	235000	250000
Carolus Magn.	95000	105000	LothringenAkt	—	2300
Constant. d. Gr.	750000	850000	Mansfeld	385	405
Diergardt	120000	130000	Moers	72000	76500
Ewald	1 000 000	1 150 000	Oespel	—	—
Fr. Vog. u. Unv.	—	—	Schürb. & Charl	—	115000
Fröhl. Morgens	—	190000	ver. Trappe	48000	51000
Glückaufsegen	93000	105000	Trier	100000	—
Gottessegen	—	100000	Wilhelm. Mevis	115000	120000
Graf Bismarck	850000	1 000 000			
Braunkohlenwerte					
Bruckd.-Nieti.	140000	—	Michel	165000	172000
Düren	—	—	Oscarsegen	20000	23000
Gute Hoffnung	57000	65000	Vesta	101000	106000
Leonhardt	—	—	Zukunft Akt.	800	850
Kaliwerte					
Alexandershall	145000	160000	Hüpstedt	71000	73000
Asse	100000	110000	Johannashall	42000	47000
Bergmannssegen	205000	210000	Kaiseroda	375000	—
Burbach	380000	405000	Königshall	148000	158000
Carlsfund	69000	74000	Marie	—	—
Carlshall	30000	35000	Marie-Luise	—	—
Desdemona	88000	98000	Max	—	—
Einigkeit	87000	92000	Meimershaus.	10500	11500
Ellers	—	—	Neurode	38000	43000
Felsenfest	70000	75000	Neustaßfurt	—	—
Friedrichroda	44000	48000	Oberhof	24000	25000
Fürstenhall	61000	65000	Prinz Eugen	—	—
Gebra	75000	80000	Ransbach	32000	—
Glückauf-Sond	300000	320000	Reinhardsbrun	30000	33000
GroßhW. Ernst	—	58000	Rothenberg	12000	13000
Günthershall	57000	59000	Salzmünde	78000	86000
Habighorst	34000	37000	Siegfried I	54000	58000
Hansa-Silberb.	—	—	Siegfr. Giesen	138000	147000
Heiligenroda	200000	210000	Thüringen	—	44000
Heimboldsh.	—	—	Volkenroda	98000	105000
Herfa	36000	43000	Walbeck	72000	75000
Heringen	49000	53000	Wilhelmshall	150000	175000
Hildasglück	—	—	Wintershall	1 200 000	1 3.0 000
Hindenburg	145000	162000			
Kali-Aktien					
AdlerStamm-A	1230	1325	Krügershall-A.	680	730
Hall. Kali-Akt.	1175	1250	Ronnenberg-A	2600	—
Heldburg-Akt.	1300	1340	Salzdethfurt-A	2400	—
Wittekind	—	—	Siegmunds-A.	2350	2450
unnotierte Werte					
BeckStahlwAk	420	445	R. Wolf	700	800
Benz alte Akt	470	500	Halbach M.-A.	410	440
Benz junge Akt	—	—	Kabelw Rheydt	560	590
Brückb. Flend.	750	800	Ludwig Ganz	—	—
Deut. Masch-A	—	—	Lamb. & May	—	—
Dortm. Ritterbr	625	675	Rh.-W. Elekt-A	600	640
Eintrewerke-A.	—	—	Verd. Wag.-A.	700	730
Eis. Westfalia	—	—	R-W Schachtb	430	450



Für eine ältere, alleinstehende Dame wird ein freundlich möbliertes
Zimmer
in ruhiger Lage gesucht. Gefl. Angeb. unter Nr. 12502 an die Gesch. d. Ztg.

Für einen jüngeren kaufmännischen Beamten wird sofort
guter Mittag- u. Abendtisch
gesucht. Schriftl. Angeb. unter Nr. 12460 an die Geschäftsst. d. Z. erbeten.

Offene Stellen

Kaufmännischer
Lehrling
Sohn achtbarer Eltern, sofort gesucht.
W. Laddigs, Friedrichstraße 34.
Nähmaschinen, Fahrräder Motorfahrzeuge.

Kassiererin
durchaus zuverlässig, die in lebhaften Detailgeschäften tätig war, per 1. August gesucht. Angebote mit Zeugnisabschriften unter Nr. **12521** an die Geschäftsstelle d. Bl.

Tüchtiger ordentlicher
Bäckergehülfe
sofort gesucht.
Bäckerei H. Hoszräfer, Hattingen.

Suche zum 1. August einen Sohn achtbarer Eltern in die
Lehre.
Dampfbäckerei
H. Brune, Bochum 5

Ein Lehrling
für Huf- und Wagenschmiede sofort gesucht.
F. Tasche, Laer, Wittenerstraße 3.

Sofort oder später in Küche und Haushalt erfahrenes
Mädchen
mit guten Zeugnissen gesucht.
Frau C. Franken, Ewaldstraße 8.

Junger
Kontorist (in)
firm in Stenographie u. Schreibmaschine sof. ges.
W. Laddigs, Friedrichstraße 34.
Nähmaschinen, Fahrräder Motorfahrzeuge.

Gut eingeführtes Agenturgeschäft mit großen Umsätzen sucht zwecks weiterem Ausbau tüchtigen
Kaufmann als Geschäftsführer
Erwünscht wäre eine Beteiligung mit 50—100 Mille. Ausführl. Angeb. ernsthafter Reflektanten unter 12516 a. d. Ztg. erbet.

Ordentliches, ehrliches
Mädchen
für alle Hausarbeit krankheitshalber für sofort gesucht.
Konditorei Miebach, Bahnhofstraße.

Einf. besseres älteres
Fräulein
für den Geschäftsbetrieb gesucht. Gehalt 600 Mk.
Conditorei Kammann, Essen, Limbeckerstr. 76.

In Stenographie und Maschinenschreiben erfahrene
Dame
per bald auf 4—6 Wochen zur Aushilfe gesucht.
Ang. unter Nr. 12141 an die Gesch. d. Ztg.

Nicht zu jung. sauberes
Mädchen
f. 3/4 Tg. f. kl. herrschaftl. Haush. ges. wo Küchenmädchen gehalten wird. Mühlenstr. 24

1 Lehrmädchen
aus guter Familie, nicht unter 15 Jahren, gesucht.
Konditorei Rüsberg, Buddenbergstraße 6.

Für kleinen Haushalt, 2 Personen v. 15. Juli ein junges evangel.
Mädchen
für nachmittags bei gutem Lohn gesucht.
Hugo-Schultstr. 1, I. Etg. (Meldungen ab 2 Uhr nachmittags).

Kaufgesuche

Modernes Wohnhaus
zu kaufen gesucht, worin Wohnung per September frei kommt (evtl. drei Zimmer u. Küche). Größere Anzahlung kann geleistet werden. Centrum der Stadt. Ang. u. Nr. 12515 a. d. Geschäftsst. d. Blattes.

Leere
Weißweinflaschen
in Mengen von 10 und mehr werden zu 6,00 M. je Flasche auf dem Bauamtshauptbüro, Trankgasse 7. Eing. B, Zimmer 40 während der Dienststunden angenommen.

Eine gebrauchte, aber gut erhaltene
Schreibmaschine
und gebrauchter, großer
Geldschrank
zu kaufen gesucht. Schriftl. Angeb. an die Geschäftsst. d. Ztg. u. Nr. 12461 erb.

Rhein- und Mosel-Weinflaschen
zu höchsten Tagespreisen zu kaufen gesucht. Abholung sofort.
M. Becker, Bochum, Alleestraße 11. Telefon Nr. 316.

Kaufe
und zahle hohe Preise für gebr. Möbel aller Art, a. Sofas, Herde, Federbetten u. s. w. Karte genügt, komme sofort.
Baron, Sedanstraße 12.

Goldankauf
E. Beielstein, Kortumstraße 18.

Kaufe Auto
Personenwagen, a. reparaturbedürftig. Angebot m. Preis. **K. Gräper**, Bochum, Bierhausstr. 35.

Zu verkaufen:
5 flammiger, elektrischer **Kronleuchter** (echt Bronze)
1 ovaler, sehr gut erhaltener **Mahagonitisch** mit 4 Einlagebrettern.
Albertstraße 10.

Nur 1 Tag
in **Bochum** am **Freitag, den 14. Juli**, kaufe ich im **Hotel „Lindenhof" Bahnhofstr. 25**
Alte künstliche Gebisse bis Mk. 3000.-
Alte und neue künstl. Zähne bis Mk. 100.-
Einkauf: 9—5 Uhr. Kunden von auswärts erhalten Fahrtvergütung.
Weishaus.